

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1934 bis 1944 Band 2

Die NS-Diktatur

Band 2/106: 30.09.1938 – 01.04.1939

30.09.1938

NS-Regime, Anti-Hitler-Koalition: Als Großbritannien, Frankreich und Italien am 29./30. September 1938 dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich zustimmen ("Münchener Abkommen"), atmet ganz Europa auf. Der Frieden ist scheinbar gerettet, denn Hitler beteuert, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen wird. In München finden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern. Die Menschen freuen sich aber leider zu früh, denn Hitler denkt in jenen Tagen keinen Augenblick daran, die vertraglichen Zusagen des Münchener Abkommens einzuhalten.

Hitler und Chamberlain erklären am 30. September 1938 nach dem Abschluß des Münchener Abkommens (x300/148-149): >>Wir haben heute eine weitere Besprechung gehabt und sind uns in der Erkenntnis einig, daß die Frage der deutsch-englischen Beziehungen von allererster Bedeutung für beide Länder in Europa ist.

Wir sehen das gestern abend unterzeichnete Abkommen und das deutsch-englische Flottenabkommen als symbolisch für den Wunsch unserer beiden Völker an, niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen.

Wir sind entschlossen, auch andere Fragen, die unsere beiden Länder angehen, nach der Methode der Konsultation zu behandeln, und uns weiter zu bemühen, etwaige Ursachen von Meinungsverschiedenheiten aus dem Wege zu räumen, um auf diese Weise zur Sicherung des Friedens Europas beizutragen. ...<<

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Münchener Abkommen" (x051/394-395): >>Münchener Abkommen, am 30.9.38 geschlossener Vertrag der Regierungschefs des Deutschen Reiches (Hitler), von Italien (Mussolini), Großbritannien (Chamberlain) und Frankreich (Daladier).

Er zwang die Tschechen zur Abtretung des Sudetengebietes zwischen 1. und 10.10., zu einer international überwachten Volksabstimmung in weiteren Gebieten und einer entsprechenden Regelung für die polnischen und ungarischen Minderheiten und stellte der Tschechoslowakei eine - freilich nie verwirklichte - internationale Garantie in Aussicht. Im Münchener Abkommen kulminierten drei Entwicklungslinien:

Innertschechisch: Obwohl die Tschechen in ihrer 1918 gegründeten Mehrvölkerrepublik in der Nationalitätenpolitik ohnehin nicht immer eine glückliche Hand bewiesen hatten, bedeutete die politisch-ideologische Gleichschaltung der Sudetendeutschen Partei mit der Berliner Politik ab Ende 33 eine zusätzliche Belastung für die innertschechische Stabilität. Die Sudetenkrise eskalierte "planmäßig" entsprechend Hitlers Weisung an Henlein vom 28.3.38, stets mehr zu fordern, als die Tschechen erfüllen könnten.

Großdeutsch-expansiv: Hitler ging unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs (Weisungen für den "Fall Grün" vom 21.4. und 30.5.38) an die Verwirklichung seiner Pläne, die Tsche-

choslowakei zu "zerschlagen" (Hoßbach-Niederschrift).

Das geschickt instrumentalisierte und dramatisch propagierte Prinzip der nationalen Selbstbestimmung war für ihn nur ein Hebel zur Erreichung weiterer geostrategischer und ökonomischer Etappenziele auf dem Weg zur Ostexpansion: Vernichtung der vorgeschobenen tschechischen Bastion der Sowjetunion, Aufhebung der Flankenbedrohung, Verbreiterung der Wirtschaftsbasis, Glacis für den Aufmarsch gegen Osten.

Englisch-französische "Appeasement"-Linie: Die britische und in ihrem Schlepptau die französische Regierung sahen keinen Anlaß, die scheinbare Verwirklichung des von ihnen selbst mitproklamierten Prinzips der nationalen Selbstbestimmung zu blockieren, schätzten ihre Möglichkeiten zu militärischen Hilfeleistungen für eine bereits international isolierte Tschechoslowakei im Konfliktfall äußerst gering ein und verfolgten im Rahmen des Appeasement nur das Ziel, die an sich längst zugestandenen Grenzrevisionen ohne Gesichtsverlust friedlich am Verhandlungstisch abzuwickeln.

Der im Grundsatz also seit langem festgelegte Ereignisablauf erfuhr nach dem Treffen Hitler-Chamberlain in Berchtesgaden (15.9.) und in Godesberg (22.-24.9.) bis hin nach München noch durch die von Hitler ultimativ vorgenommene Verschärfung der Revisionsmodalitäten eine dramatische Eskalation bis an den Rand eines europäischen Krieges (26.-28.9.), ehe auf Vermittlung des Auswärtigen Amtes und Mussolinis die "Großen Vier" am 29. 9. in München zusammentraten.

Das Münchener Abkommen, ein frühes Beispiel moderner "Gipfeldiplomatie", rettete den Frieden für ein Jahr, schloß die "revisionistische Phase" der Hitlerschen Außenpolitik ab, verwies den tschechischen "Reststaat" für eine "Atempause" von knapp sechs Monaten (15.3. 39 deutscher Einmarsch) als Satelliten an die Seite Deutschlands und brachte eine tiefe und folgenschwere Entfremdung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag). ...<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später (am 27.09.2008) in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung (x887/...): >>Wie das Sudetenland zum Reich kam

Vor 70 Jahren schlossen Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien das Münchener Abkommen - Nachhall von 1918

Kaum ein Vertrag des 20. Jahrhunderts wurde nach dem Zweiten Weltkrieg so oft zitiert und nach Belieben gedeutet wie das Münchener Abkommen von 1938. Inzwischen sind viele einst unbekannte Hintergründe öffentlich geworden, so daß eine objektivere Bewertung möglich ist. Dem Text des Abkommens ist zu entnehmen, daß es vor dem Abschluß des vierseitigen Vertrages in München schon ein anderes "Abkommen" gab, "das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde", und daß die vier Münchener Signatarmächte "unter Berücksichtigung" dieses Abkommens nur noch über die "Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen" sind.

Das wegen seiner äußeren Umstände und umstrittenen Akteure oft übel beleumundete Abkommen, bei dessen Formulierung die betroffene Tschechoslowakei gar nicht mitgewirkt hat und das deswegen gern als "Diktat" abqualifiziert wird, beinhaltete seinem Wortlaut nach in Wahrheit aber gar nicht die Abtretung des Sudetenlandes, sondern legte nur Zeit und Art ihres Vollzugs fest und traf Ausnahmeregelungen.

Tatsächlich wurde die Abtretung bereits zwischen dem 17. und dem 22. September 1938 vereinbart, und zwar unter aktiver Mitwirkung des damaligen tschechoslowakischen Staatspräsidenten Edvard Benesch. Die ihm ursprünglich nahegelegte Volksabstimmung im Sudetenland wegen des zu erwartenden Ergebnisses ausschlagend, bot er nach Bekanntwerden der britischen Abtretungsempfehlung und Neville Chamberlains diesbezüglicher Absprache mit Adolf

Hitler vom 15. September in einer Geheimaktion den Briten und Franzosen eine ihm abzufordernde "cession territoriale" an.

Da Eile geboten war, schickte er seinen früheren Sozialminister Jaromir Necas am 16. September, gleich nach Chamberlains Treffen mit Hitler in Berchtesgaden, nach Paris und ließ den beiden Westmächten ausrichten, daß er bereit sei, sudetendeutsches Gebiet abzutreten, wenn ihm dies "abgefordert" werde. Das Angebot umfaßt allerdings nur knapp 20 Prozent des mehrheitlich von Deutschen besiedelten Grenzlandes. Außerdem verlangte Necas im Auftrag seines Präsidenten, daß dafür rund 55 Prozent aller Sudetendeutschen die Tschechoslowakei verlassen müßten. Da in den angebotenen Teilen des Sudetenlandes - dem westlichen Egerland und dem sogenannten Rumburger Zipfel - weit weniger Menschen lebten, kann man hier bereits von einem Vertreibungsplan sprechen.

Dennoch war diese Offerte ein Versuch Beneschs, vor seinen Landsleuten und vor der Welt als angeblich konzessionsbereites "Opfer" der Großmächte dazustehen und auf diese Weise seine gescheiterte Politik seit 1918 in ein günstigeres Licht zu rücken. Vor allem Großbritannien war mit diesem fragwürdigen Angebot aber nicht mehr zufrieden und drängte Prag entschieden zur Abtretung aller Gebiete, in denen die Deutschen die Mehrheit stellten - andernfalls, so die Botschaft aus London und Paris, würde die Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs alleine dastehen. Daraufhin lenkte Benesch am 21. September in einer Note ein, und eben dieser Notenwechsel ist die Vereinbarung, auf die im ersten Satz des Münchener Abkommens bezug genommen wird.

Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs und insbesondere ab 1941, nach der Zerstörung von Lidice, ging das Taktieren Beneschs in den Tagen vor dem Abkommen schließlich auf. Nun wurde dem "Opfer" Benesch von den Siegermächten "Genugtuung" geleistet und der Wunsch nach "Abschub" der Sudetendeutschen erfüllt.

Das Münchener Abkommen, einst von den Zeitgenossen als Zeugnis des "Friedens in unserer Zeit" (Chamberlain) und "Ergebnis unter dem Schutz des hl. Michael" (die katholischen Bischöfe) gefeiert, wurde nachträglich zur "Kapitulationsurkunde der Demokratien" (Franklin D. Roosevelt) und "Vorstation zum Zweiten Weltkrieg" (Josef Stalin) umgedeutet.

Immerhin setzte aber das Nürnberger Tribunal noch die Gültigkeit des Abkommens voraus, als es die Errichtung des sogenannten "Reichsprotektorates Böhmen und Mähren" im März 1939 als Verstoß gegen dieses Abkommen verurteilte. Später drang dann aber die negative Interpretation immer weiter durch, und die veröffentlichte Meinung sorgte leichtfertig für weitere Verbreitung, bis die Benesch-Version sogar Eingang in die Geschichtsbücher fand. Da steht sie nun und macht für viele eine Lektüre des Abkommens vermeintlich überflüssig. Daß Benesch das Sudetenland bereits am 21. September 1938 abgetreten hatte, ist vergessen.

Und der Punkt 2 des Münchener Abkommens gibt auch nur dem zu denken, der ihn liest und dabei feststellt, daß "die Räumung des (Sudeten-)Gebiets bis zum 10. Oktober" nicht die deutsche Wehrmacht erzwingt, sondern "das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren". Deutschland erscheint unter den vereinbarten Mächten überhaupt nicht. Dieser Umstand wirft die Frage auf nach dem Grund für das Fehlen Deutschlands.

Der Grund ist in der Geschichte zu suchen, in concreto in den Ereignissen der Jahreswende 1918/19. Damals besetzten tschechische Militäreinheiten in einer immerhin drei Monate dauernden Gewaltaktion die deutschen Siedlungsgebiete Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens, um die von deren Bevölkerung abgelehnte Angliederung an die in der Entstehung begriffene Tschechoslowakei zu erzwingen. Auf Ersuchen der Tschechen billigten die siegreichen Ententemächte Frankreich, Großbritannien und Italien die vollzogene Besetzung nachträglich, aber auch das wiederum nur bis zur endgültigen Festlegung der Grenzen in einem Friedensvertrag.

Das von US-Präsident Woodrow Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht ignorierend,

begnügten sich die tschechischen Verantwortlichen nicht mehr mit der Errichtung eines tschecho(slowak)ischen Nationalstaates, sondern beanspruchten das gesamte Gebiet der historischen böhmischen Länder, auch wenn es zu fast einem Drittel von Deutschen besiedelt war.

Am meisten zögerten damals die Vereinigten Staaten. Statt der Besetzung zuzustimmen, schickten sie auf die entsprechende Bitte Prags nur eine Eingangsbestätigung; und wenig später einen Sonderbotschafter, der die Lage im Sudetenland an Ort und Stelle in Augenschein nehmen sollte.

Der US-amerikanische Präsidentenberater Archibald Coolidge übernahm diese Mission und legte am 10. März 1919 die gewonnenen Erkenntnisse in einem Bericht vor. Darin bezeugte er nicht nur anhand zahlreicher Beispiele den fast einmütigen Willen der Sudetendeutschen, sich der "Republik Deutsch-Österreich" anzuschließen, sondern unterbreitete auch konkrete Vorschläge für die Ausgliederung zumindest eines Teils der deutschen Siedlungsgebiete aus der am 28. Oktober 1918 proklamierten Tschechoslowakei. Ihre Verwirklichung hätte dem Selbstbestimmungsrecht von immerhin bis zu zwei Millionen Sudetendeutschen Rechnung getragen und dem späteren Nationalitätenkampf viel von seiner Schärfe genommen.

Edvard Benesch unterlief jedoch bei den Verhandlungen der Pariser Vorortverträge mit falschen Angaben und unaufrichtigen Versprechungen die Berücksichtigung der US-amerikanischen Pläne und setzte die Annexion aller sudetendeutschen Gebiete in die Tschechoslowakei durch. Die Besetzung des Sudetenlandes durch die Tschechen fand damit gegen die erklärten Bedenken der US-Amerikaner ihre friedensvertragliche "Absegnung".

Als sich die Folgen dieses eklatanten Verstoßes gegen das Selbstbestimmungsrecht durch die rücksichtslose Tschechisierungspolitik Prags im Laufe der folgenden zwei Jahrzehnte zu einer friedensbedrohenden Krise auswuchsen, hielten es die drei Signatarstaaten des Versailler Vertrages Frankreich, Großbritannien und Italien für geboten, ihre Ende 1918 erteilte Zustimmung zur Besetzung des Sudetenlandes zurückzuziehen und die "Räumung des Gebietes zu vereinbaren", wie es im Münchener Abkommen steht. So konnte Deutschland es in München Italien und den beiden Westmächten überlassen, "die Räumung des (sudetendeutschen) Gebietes" zu vereinbaren.

Kaum waren die Unterschriften unter das in München getroffene Abkommen trocken, überschritten deutsche Truppen am 1. Oktober die deutsch-tschechische Grenze und nahmen unter internationaler Aufsicht etappenweise die in vier Abschnitte aufgeteilten sudetendeutschen Gebiete in deutsche Oberhoheit. Vorliegende Bildzeugnisse belegen die reibungslose Übergabe durch die tschechischen militärischen und zivilen Autoritäten und illustrieren den geordneten Abzug ihrer Einheiten und Organe. Im Unterschied zu der sich beruhigenden internationalen Lage entwickelte Staatspräsident Benesch in jenen Tagen hektische Aktivitäten.

Fest entschlossen, sich mit den in München gefallenen Entscheidungen auf Dauer nicht abzufinden, ging er an seine langfristigen politischen Planungen. Dazu gehörte die Verlagerung seines Wirkungsbereichs ins Ausland. Das bedeutete zunächst seinen Rücktritt vom Präsidentenamt und die nachfolgende Übersiedlung in jenes Land, dessen Staatschef ein erklärter Gegner Hitlers und "Großdeutschlands" war. So erklärte er am 5. Oktober 1938 seinen Amtsverzicht und ging anschließend in die USA. Vor seiner Abreise wandte er sich mit einer Abschiedsrede an seine Landsleute.

Darin fanden sich die nachfolgenden Sätze: "Ich wende mich an Euch, um Euch als Präsident Lebewohl zu sagen. Ihr wißt, daß 4 Großmächte zusammenkamen und untereinander ein Übereinkommen trafen über die Opfer, die sie von uns im Namen des Weltfriedens forderten. Ihr wißt, daß wir gezwungen wurden, diese Opfer anzunehmen. Die Opfer, die, von uns zur Annahme gefordert und uns aufgezwungen wurden, sind maßlos und ungerecht. Die Nation wird diese Tatsache niemals vergessen. Vom Stamm unseres Heimatbaumes sind einige Zweige abgefallen. Nach einiger Zeit wird der Stamm neue Zweige ansetzen. Ich verlasse das

Schiff nicht, weil es stürmisch ist, sondern werde als Bürger und Patriot meine Arbeit fortsetzen."

Benesch hat mit diesen Sätzen die Nachkriegsgeschichtsschreibung entscheidend vorgeprägt, indem er den Anteil der Tschechen an der Entwicklung bis zum Münchner Abkommen weitgehend verschwieg und seine ehemaligen sudetendeutschen Landsleute letztlich als "abgefallene Zweige" zu menschlichem Kehrriecht machte, den er 1945/46 mit seinen berüchtigten Dekreten außer Landes wies.

Das Abkommen im Wortlaut

Abkommen zwischen Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien, getroffen in München, am 29. September 1938

Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des sudetendeutschen Gebiets bereits grundsätzlich erzielt wurde, über folgende Bedingungen und Modalitäten dieser Abtretung und über die danach zu ergreifenden Maßnahmen übereingekommen und erklären sich durch dieses Abkommen einzeln verantwortlich für die zur Sicherung seiner Erfüllung notwendigen Schritte.

1.) Die Räumung beginnt am 1. Oktober.

2.) Das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien vereinbaren, daß die Räumung des Gebiets bis zum 10. Oktober vollzogen wird, und zwar ohne Zerstörung irgendwelcher bestehender Einrichtungen, und daß die Tschechoslowakische Regierung die Verantwortung dafür trägt, daß die Räumung ohne Beschädigung der bezeichneten Einrichtungen durchgeführt wird.

3.) Die Modalitäten der Räumung werden im Einzelnen durch einen internationalen Ausschuß, der sich aus Vertretern Deutschlands, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei zusammensetzt.

4.) Die etappenweise Besetzung des vorwiegend deutschen Gebietes durch deutsche Truppen beginnt am 1. Oktober. Die vier auf der anliegenden Karte bezeichneten Gebietsabschnitte werden in folgender Reihenfolge durch deutsche Truppen besetzt ...

Das restliche Gebiet vorwiegend deutschen Charakters wird unverzüglich von dem oben erwähnten internationalen Ausschuß festgestellt und bis zum 10. Oktober durch deutsche Truppen besetzt werden.

5.) Der in Paragraph 3 erwähnte internationale Ausschuß wird die Gebiete bestimmen, in denen eine Volksabstimmung stattfinden soll. Diese Gebiete werden bis zum Abschluß der Volksabstimmung durch internationale Formationen bestimmt werden ...

6.) Die endgültige Festlegung der Grenzen wird durch den internationalen Ausschuß vorgenommen werden. Dieser Ausschuß ist berechtigt, den vier Mächten Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Italien in bestimmten Ausnahmefällen geringfügige Abweichungen von der streng ethnographischen Bestimmung der ohne Volksabstimmung zu übertragenden Zonen zu empfehlen.

7.) Es wird ein Optionsrecht für den Übertritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus ihnen vorgesehen. Die Option muß innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens an ausgeübt werden. Ein deutsch-tschechoslowakischer Ausschuß wird die Einzelheiten der Option bestimmen, Verfahren zur Erleichterung des Austausches der Bevölkerung erwägen und grundsätzliche Fragen klären, die sich aus diesem Austausch ergeben.

8.) Die Tschechoslowakische Regierung wird innerhalb einer Frist von vier Wochen vom Tage des Abschlusses dieses Abkommens an alle Sudetendeutschen aus ihren militärischen und polizeilichen Verbänden entlassen, die diese Entlassung wünschen. Innerhalb derselben Frist wird die Tschechoslowakische Regierung sudetendeutsche Gefangene entlassen, die wegen

politischer Delikte Freiheitsstrafen verbüßen.

Adolf Hitler, Neville Chamberlain, Edouard Daladier, Benito Mussolini<<

Polen: Die polnische Regierung stellt der Tschechoslowakei am 30. September 1938 ein Ultimatum, den Industriebezirk Teschen bis zum 2. Oktober 1938 abzutreten (Teschen gehörte bis 1919/20 zum Deutschen Reich).

CSR: Die tschechoslowakische Regierung erkennt am 30. September 1938 das Münchener Abkommen an. Nach dem "Münchener Abkommen" (die Grenzen entsprechen fast den nordamerikanischen Vorschlägen von 1919) verlassen mehrere Tausend Deutsche die CSR. Gleichzeitig kehren Tausende von Tschechen, mit ihrem gesamten Hab und Gut, in die CSR zurück.

Ungarn: Die ungarische Regierung fordert am 30. September 1938 die Prager Regierung auf, Verhandlungen wegen der noch abzutretenden Gebiete zu führen.

01.10.1938

NS-Regime, CSR: Gemäß dem "Münchener Abkommen" marschieren am 1. Oktober 1938 deutsche Truppen in die sudetendeutschen Gebiete ein.

02.10.1938

CSR: Polnische Truppen besetzen am 2. Oktober 1938 das Olsa-Gebiet bzw. Teschen und jagen die einheimische tschechisch-deutsche Bevölkerung über die "neuen Grenzen" der Tschechoslowakei. Etwa 45.000 Deutsche und Tschechen werden kurzfristig nach Böhmen und Mähren vertrieben.

05.10.1938

CSR: Präsident Benesch tritt am 5. Oktober 1938 zurück und emigriert in die USA.

21.10.1938

NS-Regime: Hitler erteilt am 21. Oktober 1938 den Geheimbefehl, militärische Vorbereitungen zu treffen, um die restliche Tschechoslowakei wegen ihrer profranzösischen Außenpolitik zu "erledigen" (x041/96).

24.10.1938

NS-Regime: Außenminister von Ribbentrop übergibt dem polnischen Botschafter Lipski am 24. Oktober 1938 in Berlin Vorschläge zur "Generalbereinigung aller bestehenden Reibungsmöglichkeiten zwischen Deutschland und Polen" (x064/135).

Hitler beabsichtigt zunächst hauptsächlich die Wiedergewinnung Westpreußens und versucht außerdem, die Polen für den Kampf gegen die Sowjetunion zu gewinnen. Er garantiert Polen langfristig die bisherige deutsch-polnische Grenze, falls Polen eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich (durch den sogenannten "Korridor") genehmigt und auf Danzig verzichtet. Polen soll dafür durch sowjetische Gebiete, die man noch gemeinsam erobern muß, entschädigt werden. Polen wird ferner aufgefordert, dem Antikominternpakt beizutreten.

Die polnische Regierung lehnt diese unsicheren, gewagten Pläne jedoch ab (x069/175). Hitlers Vorschläge vom 19. November 1938 und 5./6. Januar 1939 werden im Vertrauen auf die eigene Stärke ebenfalls abgelehnt.

07.11.1938

Frankreich: Der 17jährige deutsch-polnische Jude Herschel Grynszpan schießt am 7. November 1938 in der Pariser Botschaft auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath, um auf die unheilvolle Lage der Juden in Deutschland aufmerksam zu machen. Der Legationssekretär vom Rath (1909 in Frankfurt geboren) ist tragischerweise selbst ein erbitterter NS-Gegner und wird bereits seit längerer Zeit von der Gestapo überwacht.

Das NS-Regime nutzt diesen Mordanschlag (Rath stirbt 2 Tage später) als Vorwand für die berüchtigte Reichskristallnacht.

09.11.1938

NS-Regime: Alle Staatspolizeiämter erhalten am 9. November 1938 per Fernschreiben geheime Anweisungen durch die Gestapo aus Berlin, die "planmäßigen Aktionen gegen Juden", die im gesamten Deutschen Reich stattfinden, nicht zu behindern (x191/65): >>Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. ... Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20.000 bis 30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden.<<

Während der sogenannten "Reichskristallnacht" vom 9. bis zum 10. November 1938 läßt das NS-Regime in allen größeren deutschen Städten systematisch jüdische Synagogen, Geschäfte sowie Wohnhäuser plündern und zerstören. Diese vermeintlichen "Vergeltungsmaßnahmen gegen die Juden" führen die beauftragten NS-Organisationen der SA und SS durch. Die Zivilbevölkerung beteiligt sich nur in begrenztem Maß an diesen Judenverfolgungen.

Im Verlauf der heimtückischen Anschläge werden insgesamt etwa 7.500 jüdische Geschäfte zerstört, 171 jüdische Gotteshäuser (Synagogen) niedergebrannt, mindestens 91 Juden ermordet und zahlreiche Juden mißhandelt. Etwa 26.000 Juden werden verhaftet und in Konzentrationslagern interniert.

Der SA-Befehl zur "Reichskristallnacht" am 9./10. November 1938 lautet (x243/60): >>Sämtliche jüdischen Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Brand zu stecken. ... Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. ... Der Führer wünscht, daß die Polizei nicht eingreift. ... An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen usw. sind Schilder anzubringen mit etwa folgendem Text:

Rache für Mord an vom Rath.

Tod dem internationalen Judentum. ...<<

Hitler muß nach diesem Pogrom zunächst auf weitere direkte antijüdische Gewaltmaßnahmen verzichten, denn nach der Reichskristallnacht beweisen die Proteste der Bevölkerung eindeutig, daß die Deutschen derartige Terroraktionen ablehnen.

Die Versicherungen zahlen zwar mehrere 100,0 Millionen RM für materielle Verluste an die jüdischen Geschäftsinhaber, aber diese Entschädigung muß sofort an das NS-Regime abgetreten werden. Für das Attentat des deutsch-polnischen Juden Herschel Grynszpan müssen die deutschen Juden außerdem eine kollektive Geldstrafe von 1 Milliarde RM an das NS-Regime zahlen.

Grynszpan, der im KZ Sachsenhausen und später im Gefängnis Berlin-Moabit inhaftiert wird, überlebt die NS-Herrschaft durch glückliche Umstände.

Spätestens nach der "Reichskristallnacht" im November 1938 müssen die als "Untermenschen" diffamierten deutschen Juden schließlich einsehen, daß das NS-Regime sie nicht nur aus der Wirtschaft, dem Kulturleben und der Wissenschaft, sondern auch mit aller Macht aus ihrer Heimat verdrängen will.

Der deutsche Historiker Herbert Obenaus berichtet später über die "Kristallnacht" (x051/335): >>Kristallnacht (Reichskristallnacht), amtliche und bewußt verharmlosende Bezeichnung für den von der NSDAP gegen die deutschen Juden am 9./10.11.38 inszenierten Pogrom, der mit dem Anschlag eines Juden, Grynszpan, auf den Legationssekretär der deutschen Botschaft in Paris, Rath, legitimiert wurde.

Das Signal für die Kristallnacht ging von einer antisemitischen Hetzrede aus, die Goebbels am Abend des 9.11. auf dem traditionellen "Kameradschaftsabend" im Münchener Alten Rathaus hielt, nachdem ihm und Hitler die Nachricht vom Ableben des Diplomaten überbracht worden war. Nach der Rede gaben die versammelten Gauleiter und Parteiführer entsprechende Befehle an ihre örtlichen Dienststellen durch, die dann durch SA und SS, aber auch durch andere Organisationen wie die HJ, jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüsten und zahlreiche Synagogen demolieren und anzünden ließen.

Die Bevölkerung beteiligte sich an dem Pogrom nur in begrenztem Maße, die offizielle Version der Vorgänge in der Kristallnacht betonte hingegen die "spontane" und allgemeine Beteiligung der Massen.

Insgesamt wurden 7.500 Geschäfte zerstört, 171 Synagogen niedergebrannt, 91 Juden ermordet; auch Vergewaltigungen waren nicht selten. Etwa 26.000 Juden wurden in KZ gebracht, die meisten allerdings nach einigen Wochen wieder entlassen.

Das Grynspan-Attentat war für Hitler willkommener Anlaß zur längst geplanten Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen. Zwar waren seit der Machtergreifung zahlreiche Gesetze und Verordnungen ergangen, die die Verdrängung der Juden aus dem gesellschaftlichen Leben zum Ziel hatten, doch war ihre wirtschaftliche Stellung noch wenig verändert.

Nach der Kristallnacht kam es am 12.11.38 im Reichsluftfahrtministerium zu einer Besprechung verschiedener Minister und Ministerialbeamter unter Leitung Görings, in der wichtige Erlasse zur vollständigen Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft diskutiert wurden (Arisierung).

Für die Schäden des Pogroms zahlten die Versicherungen an die jüdischen Geschäftsinhaber eine auf mehrere 100 Millionen RM geschätzte Entschädigung, die aber an das Deutsche Reich abgeführt werden mußte. Außerdem wurde "dem Judentum als Strafe" für das Attentat eine "Kontribution" in Höhe von einer Milliarde RM auferlegt.

Weitere Erlasse verstärkten die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden, so der vom 12.11., der ihnen den Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und Ausstellungen verbot, und der vom 15.11., der die Entfernung aller jüdischen Kinder aus den Schulen anordnete. Durch Verordnung vom 29.11. bekamen die Regierungspräsidenten die Möglichkeit, den "Judenbann" zu verhängen und damit den Juden zeitliche und räumliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen.

Von besonderer Bedeutung war schließlich die am 12.11. diskutierte Absicht, die Juden zur Auswanderung zu drängen und für die Organisation eine "Judenauswanderungszentrale" zu bilden. Dementsprechend entstand im Februar 39 in Berlin die "Reichszentrale für die jüdische Auswanderung", die der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich unterstellt wurde und als deren Geschäftsführer zunächst der Abteilungsleiter der Gestapo Heinrich Müller und ab Oktober 39 Eichmann fungierten.<<

Der britische Historiker Richard Grunberger (1924-2005) schreibt später über die "Arisierung" der deutschen Wirtschaft (x129/85): >>Die beliebteste Plünderungsform der Nazis stellten die Arisierungsverfahren dar, die in geradezu idealer Weise Profit und Ideologie verbanden. Korruption steigert sich jedoch in geometrischer Progression, und die Behörden waren fassungslos, als sie sahen, daß Arisierer, die auf eigene Faust handelten, wie Pilze aus der Erde schossen, sich wütend gegenseitig Konkurrenz machten und die reibungslose Durchführung der Verfahren behinderten.

Ein Wirtschaftsbericht der Berliner Stadtverwaltung fand zu tadeln, daß "Mieter in Häusern, die früher Juden gehört hatten, Mietforderungen von den verschiedensten miteinander konkurrierenden Einzelpersonen und Verbänden bekämen. ... Für jeden jüdischen Laden gab es gewöhnlich drei oder vier Bewerber. Um einzelne Bewerber abzudecken, teilten sich verschiedene Handelsorganisationen in Gruppen auf und suchten (um) Behördenunterstützung nach, indem sie die jeweiligen Rivalen als Judenfreunde hinstellten."

Um die Epidemie der "wildes Arisierung" einzuschränken, erklärte Göring einen Monat nach der Kristallnacht, daß der Raub des jüdischen Eigentums das ausschließliche Vorrecht des Staates sei und nur unter der Ägide des Reichswirtschaftsministers durchgeführt werden dürfe. Überprüfungen an Ort und Stelle zeigten, daß bei einigen arisierten Läden in Wien die Profitmarge bei Werten zwischen 80 und 380 Prozent lag, und Gauleiter Bürckel fühlte sich verpflichtet, ein Dutzend Arisierungskommissare, die er persönlich eingesetzt hatte, in das Kon-

zentrationenlager Dachau einzuliefern, wo sie dann vorübergehend mit denen zusammentrafen, die sie enteignet hatten. ...<<

15.11.1938

Großbritannien: Ein Reporter des Manchester Guardian berichtet am 15. November 1938 über die Verhältnisse in der britischen und nordamerikanischen Botschaft in Berlin (x172/-118): >>... (Viele verzweifelte Juden) bettelten dort um ein Visum. Wie ich erfahren habe, machen weder Großbritannien noch die USA irgendwelche Zugeständnisse, so daß die große Mehrheit der Antragsteller kaum auf die für sie einzig mögliche Rückkehr zu einem normalen Leben hoffen kann.<<

21.11.1938

CSR: Am 21. November 1938 stimmen die Sudetendeutschen mit großer Mehrheit für den Anschluß an das Deutsche Reich. Die sudetendeutschen Gebiete werden danach per Gesetz Bestandteile des Deutschen Reiches.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über das Deutschtum in der Tschechoslowakischen Republik von 1938-1945 (x004/11-18): >>... Angesichts der sachlich und statistisch bedingten Verluste der Deutschtumszahlen für Böhmen und Mähren war die deutsche Politik im Jahre 1938 bestrebt, als Grundlage für die Grenzziehung in erster Linie die weiter zurückliegende österreichische Volkszählung von 1910 heranzuziehen.

Damit hat sie sich im Prinzip bereits im Münchener Abkommen durchgesetzt. Eine Wirkung dieser Entscheidung und einiger im Anschluß daran vollzogener Grenzregulierungen war es, daß in dem 1938 zum Reich geschlagenen Gebiet eine beträchtliche tschechische Minderheit eingeschlossen war, die sich teils aus den ins sudetendeutsche Gebiet zugewanderten Tschechen rekrutierte, teils auch, wie vor allem im östlichen Teil des Sudetenlandes, geschlossenes tschechisches Siedlungsgebiet umfaßte. Hier setzte nun auch nach der Neuordnung von 1938 eine zweite größere Bevölkerungsverschiebung ein.

Der größte Teil der in die Sudetengebiete zugewanderten tschechischen Beamten, Angestellten, Kaufleute verließ bei der deutschen Besetzung des Sudetenlandes seine Wohnorte und ging in das Staatsgebiet der Rest-Tschechoslowakei. Ihnen schlossen sich Zehntausende Sudetendeutscher an, meist aktive Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei und zahlreiche Juden, die das nationalsozialistische Regime ablehnten und zu fürchten hatten. Viele von ihnen sind allerdings gezwungen oder freiwillig wieder zurückgekehrt.

Eine wesentliche Veränderung der Zahl der Deutschen im angegliederten Sudetengebiet dürfte durch diese Bewegungen aber kaum eingetreten sein, da die Rückkehr von sudetendeutschen Staatsangestellten, die nach 1930 ins tschechische Sprachgebiet versetzt worden waren, und die Zuwanderung aus dem Altreich im Herbst 1938 den Abgang der Flüchtlinge wieder wettgemacht haben wird.

Bei der reichsdeutschen Volkszählung am 17. Mai 1939 wurde für die dem Reich eingegliederten Gebiete von Böhmen und Mähren-Schlesien eine Gesamtbevölkerung von 3.391.903 Personen festgestellt; 3.365.341 gehörten zur Ständigen Bevölkerung, wovon (ohne jüdische Bevölkerung) 3.201.321 Reichsangehörige waren.

Nach einer Sonderauszählung der Volkszugehörigkeit und Muttersprache bekannten sich von diesen Reichsangehörigen 3.004.246 als deutsche Volkszugehörige. Unter den Ausländern, Staatenlosen und Personen, deren Staatsangehörigkeit unermittelt und ungeklärt war, befanden sich rund 20.600 deutsche Volkszugehörige.

Die deutsche Bevölkerung im Teschener Land, das an Polen abgetreten war, betrug zum gleichen Zeitpunkt rund 20.000 Einwohner. Für das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren ist die Zahl der Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit rund 260.000 anzusetzen. Demnach lebten im Mai 1939 in Böhmen und Mähren-Schlesien insgesamt 3.305.000 einheimi-

sche Deutsche gegenüber 3.149.820 nach der Zählung von 1930 und 3.061.369 nach der Zählung von 1921.

Nach Ausbruch des Krieges setzten neue Bevölkerungsbewegungen ein. Das stark industrialisierte Sudetenland wurde gleich zu Beginn des Krieges wegen seiner günstigen geographischen Lage inmitten des Reiches zu einem Schwerpunkt der deutschen Kriegsindustrie ausgebaut und zog dadurch zahlreiche Arbeitskräfte aus dem Altreich an. Genannt werden müssen hier z.B. die Kohlehydrierwerke im Brüxer Industriegebiet. Wegen der zunehmenden Gefährdung der westdeutschen Industriegebiete durch die alliierten Bombenangriffe wurden kriegswichtige Betriebe mit ihren Facharbeitern in das lange vom Luftkrieg verschonte Land verlagert.

Die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus westdeutschen Großstädten und Berlin brachte einen weiteren Bevölkerungszustrom, vor allem in die zahlreichen Kurorte an den Randgebirgen, die vorwiegend die aus Berlin und anderen Großstädten evakuierten Krankenanstalten, Schulen, Dienststellen usw. aufnehmen mußten. Außerdem wurden auch nichtdeutsche Arbeiter, die zu einem nicht geringen Teil Tschechen waren, in den im Sudetenland gelegenen Rüstungsbetrieben eingesetzt.

Dadurch hatte sich trotz der Abwesenheit Hunderttausender von Männern, die entweder zum Kriegsdienst einberufen oder, in geringerem Maße, zum Arbeitseinsatz in der Industrie Innerböhmens und -mährens verpflichtet waren, die Bevölkerung allein im damaligen Reichsgau Sudetenland in der Zeit von Mai 1939 bis Ende 1944 um 127.712 vermehrt und betrug in der vom 11. Dezember 1944 bis 7. Januar 1945 laufenden Zuteilungsperiode 3.070.899. Im hochindustrialisierten Regierungsbezirk Aussig betrug der Zuwachs allein 118.848, von denen 49.107 auf den Kreis Brüx entfielen.

Für die statistische Ermittlung der seit Beginn des Krieges aus dem Altreich zugewanderten und in das Sudetenland evakuierten Deutschen stehen uns keine genauen Unterlagen zur Verfügung. Der Zustrom der Deutschen aus dem Altreich, sei es als Evakuierte, sei es als Dienstverpflichtete in der Kriegsindustrie, ist für den Reichsgau Sudetenland mit über 400.000, für die übrigen angegliederten sudetendeutschen Gebiete und das Protektorat mit etwa 200.000 anzusetzen.

Mit der im Herbst 1944 einsetzenden Evakuierung der Slowakeideutschen und der Flucht der ostdeutschen Bevölkerung nach Beginn der sowjetischen Offensive auf das Reichsgebiet (Januar 1945) ergoß sich in den letzten Kriegsmonaten ein Bevölkerungsstrom riesigen Umfangs in das Sudetenland und das Protektorat. Zu den etwa 100.000 unterzubringenden Slowakeideutschen kamen annähernd 1,6 Millionen Reichsdeutsche, fast ausschließlich aus den schlesischen Provinzen, deren Fluchtweg in die Sudetenländer führte.

Da seit Ende März/Anfang April auch das Ostsudetenland und Mähren Kampfgebiet wurden, ballte sich zur Zeit der Kapitulation die Masse der Flüchtlinge auf dem Weg nach Westen auf böhmischem Gebiet zusammen. Nur einem kleinen Teil war es damals schon gelungen, Bayern zu erreichen oder ins westliche Sachsen auszuweichen; etwa eine Million erlebte den deutschen Zusammenbruch mit seinen bitteren Begleiterscheinungen im Sudetenland und Protektorat. Die zu diesem Zeitpunkt in Böhmen und Mähren-Schlesien anwesenden deutschen Zivilpersonen lassen sich mit mindestens 4,5 Millionen beziffern.

Die Zahl der sudetendeutschen Zivilpersonen, die sich Anfang Mai 1945 in Böhmen und Mähren-Schlesien befanden, betrug -- den natürlichen Bevölkerungszuwachs und den Zuwanderungsüberschuß von 1939-1945 eingerechnet - fast 3 Millionen, wozu noch rund 500.000 zum Kriegsdienst einberufene Männer hinzuzuzählen sind.<<

Großbritannien: Im britischen Unterhaus scheidet am 21. November 1938 das Projekt, Juden in Kenia anzusiedeln.

Premierminister Chamberlain berichtet, daß man bisher 11.000 jüdische Flüchtlinge in Groß-

britannien aufgenommen hat und weiteren 5.000 die Durchreise-Erlaubnis erteilt wurde (x032/486).

26.11.1938

Polen: Polen schließt am 26. November 1938 einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion, um sich im Osten Rückendeckung zu verschaffen.

November 1938

NS-Regime: Im November 1938 erläßt das NS-Regime weitere Verbote für die jüdische Bevölkerung (x129/46).

Jüdische Kinder dürfen danach keine nichtjüdischen Schulen besuchen, Verbot der Nutzung von Kraftfahrzeugen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit (Ausgangssperre, Sperrbezirke), Einziehung der Führerscheine, Pensionskürzungen, Benutzungsverbot für öffentliche Einrichtungen, Museen, Bibliotheken, Kinos und Badeanstalten.

19.12.1938

Polen: Der polnische "Ausschuß für Nationalitätenfragen" beschließt am 19. Dezember 1938 Richtlinien zur radikalen Lösung der deutschen Minderheitsprobleme (x104/271).

Dezember 1938

Anti-Hitler-Koalition: Im Dezember 1938 erörtern Dr. Benesch (Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung) und der spätere Minister Ripka erstmalig die Ausweisung der Sudetendeutschen, die nach dem Kriegsende erfolgen soll (x025/95).

NS-Regime: Nach dem Anschluß Österreichs verlassen bis Ende 1938 rund 45.000 reiche österreichische Juden das Land.

1938

NS-Regime: Bis 1938 nimmt Hitler eine Reihe von innen- und außenpolitischen Korrekturen vor, die nicht unberechtigt sind. Der selbsternannte "Führer" handelt meistens instinktiv richtig und erkennt oft frühzeitig die internationale Entwicklung und Schwachstellen seiner Gegner. Die eigenmächtig durchgeführten riskanten Revisionen stellen nicht nur eine angemessene internationale Beteiligung des Staates her, sondern sie beseitigen gleichzeitig einige nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages.

Der "allmächtige Führer"

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938 ("Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes) herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.

Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über den "Weg in den Zweiten Weltkrieg" (x853/...):
>>... In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde die internationale Politik zunehmend von Spannungen beherrscht. Diese fanden ihren Ausdruck im Einfall Japans in Zentralchina, dem Krieg Italiens gegen Abessinien, der deutsch-italienischen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg, vor allem aber der Revision der Versailler Ordnung durch Deutschland.

Der deutsche Reichskanzler Hitler war ein typischer österreichischer Alldeutscher und ein ebenso typischer "Frontkämpfer" des Weltkrieges 1914/18. Sein erklärtes außenpolitisches Ziel war die Wiederherstellung jener Vormachtstellung, die Deutschland und Österreich-

Ungarn bis 1918 in Mitteleuropa innegehabt hatten, diesmal aber unter dem Vorzeichen eines "Großdeutschland", in dem alle in Mitteleuropa lebenden Deutschen vereinigt sein sollten. Zwar sprach Hitler gelegentlich davon, daß Deutschland "Lebensraum im Osten" gewinnen müsse, aber es gab keinerlei konkrete Planung zur Verwirklichung dieses Zieles.

Bis 1941 gingen sämtliche deutschen Rüstungsprojekte nur von einem Krieg in Mitteleuropa aus. Die von Hitler angestrebte Restauration der Machtverhältnisse in Europa mußte alle Ergebnisse des Ersten Weltkrieges zunichte machen, weshalb ein Interessenkonflikt mit den Siegermächten von 1918, vor allem mit England und Frankreich, unvermeidlich war.

Im Jahre 1938 erfolgte der Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets, der deutschen Kerngebiete des ehemaligen Österreich-Ungarn, an das Deutsche Reich. Im März 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht die sogenannte "Resttschechei", die als "Protektorat Böhmen und Mähren" einen ähnlichen Status erhielt wie einstmals eine Provinz in der k.u.k. Monarchie. England und Frankreich hatten die deutsche Revisionspolitik nur mit äußerstem Widerwillen hingenommen, aber der britische Premierminister Chamberlain hatte erkannt, daß ein neuer Weltkrieg den Ruin des britischen Weltreiches bedeuten würde und hatte daher alles getan, um einen militärischen Konflikt zu vermeiden. Aufgrund der innenpolitischen Instabilität Frankreichs waren die Pariser Regierungen außenpolitisch nur begrenzt handlungsfähig und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als Chamberlain zu folgen.

Deutschland konnte sich beim Anschluß Österreichs und des Sudetengebiets auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen, und es wäre den Regierungen in England und Frankreich schwergefallen, ihre Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen, nur um die Österreicher und die Sudetendeutschen daran zu hindern, sich an das Deutsche Reich anzuschließen.

Dennoch war Chamberlains Konzeption der Befriedigung der legitimen deutschen Ansprüche und einer milden Eindämmung Deutschlands, der sogenannten "Appeasement-Politik", in England keineswegs unumstritten. Die britische Opposition gegen die "Appeasement-Politik", die in Winston Churchill ihren Wortführer fand, vertrat die Überzeugung, daß eine friedliche Koexistenz mit dem nationalsozialistischen Deutschland auf Dauer unmöglich und ein Krieg unvermeidlich sei.

Die "Anti-Appeaser" genossen die Unterstützung des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt und eines Teils der amerikanischen Presse, die in England erheblichen Einfluß besaß. Roosevelt betrachtete die autoritären Regime in Deutschland, Italien und Japan als eine Gefahr für den Weltfrieden, die beseitigt werden müsse. Als Fernziel schwebte ihm die Errichtung einer neuen Weltordnung unter amerikanischer Führung vor, wobei er einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion große Bedeutung beimaß.

Roosevelt glaubte, daß die UdSSR sich langfristig zu einer Demokratie entwickeln würde. Die militärische Besetzung der "Resttschechei" im März 1939, die einen schweren Verstoß gegen das bisher von Deutschland angerufene Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker darstellte, gab den "Anti-Appeasern" in England, Frankreich und den USA erheblichen Auftrieb. ...<<

Trotz aller Schikanen und Hetzkampagnen schafften es die NS-Machthaber nicht, die Judenfrage durch Massenauswanderung zu lösen. Bis Ende 1938 sind erst 180.000 Juden emigriert. Die meisten Zurückgebliebenen besitzen kein ausreichendes Vermögen und können nicht auswandern, denn die jüdischen Emigranten werden damals meistens nur von anderen Staaten aufgenommen, wenn sie ein großes Vermögen mitbringen.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über die Auswanderung der in Deutschland lebenden Juden (x051/290-291): >>(Judenverfolgung) ... Am 14.6.38 ... erklärte der Reichswirtschaftsminister, daß der Grundsatz "Keine Anwendung des Arierparagraphen in der Wirtschaft" nicht mehr aufrechterhalten wird; eine möglichst schnelle Aus-

schaltung der Juden aus der Wirtschaft sei anzustreben.

Der Eingriff begann mit dem "Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung" vom 6.7.38, nach dem Juden der Betrieb einer Reihe von Gewerben verboten wurde, und nahm seinen Lauf mit zahlreichen weiteren durch Gesetze und Verordnungen sanktionierten Maßnahmen.

Die im Zuge der wirtschaftlichen Eliminierung der Juden ergehenden Berufsverbote dehnte man schließlich auf die in der Ausübung ihrer Tätigkeit von Einschränkungen schon betroffenen Berufsgruppen aus (z.B. Ärzte 25.7.38; Rechtsanwälte 27.9.38). Hand in Hand mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben lief die Wegnahme ihres Vermögens (Arisierung).

Mit all diesen und zahlreichen anderen Maßnahmen der Judenverfolgung wurde versucht, die Juden zum Verlassen des Deutschen Reiches zu bewegen. Ausgewiesen wurden zunächst nur früher in Polen beheimatete Juden, u.a. auch diejenigen, die nach 1919 bei der Abstimmung über die Zugehörigkeit der deutschen Landesteile im Osten für das Deutsche Reich optiert hatten, denen aber nach 1933 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt worden war.

Rund 17.000 Personen wurden am 29.10.38 über die polnische Grenze zwangsweise abgeschoben. Als Vergeltung für dieses Unrecht verübte der junge Jude Grynszpan, dessen Angehörige sich unter den Abgeschobenen befanden, am 7.11.38 in Paris ein Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath, das für die Juden in Deutschland schwere Konsequenzen auslöste: Bei der alljährlichen Zusammenkunft der sogenannten Alten Kämpfer am 9. November in München gab Goebbels mit einer judenfeindlichen Rede das Startzeichen für einen Pogrom, der noch am selben Abend begann (Kristallnacht) und bis zum 11. November dauerte.

Nun wurde eine Flut von Gesetzen und Verordnungen erlassen, die die noch in Deutschland befindlichen Juden nach und nach aller Rechte beraubte. Die Maßnahmen wurden von der zentral gelenkten Presse und den Publikationen der nationalsozialistischen Organisationen mit einer beispiellosen Hetzkampagne begleitet.

Trotz allem erreichten die Machthaber es nicht, ihrem Ziel, die Judenfrage durch Auswanderung zu lösen, näher zu kommen. Von den Anfang 33 in Deutschland lebenden (über) 500.000 Juden waren bis Ende 38 nach Zahlung der sogenannten Reichsfluchtsteuer knapp 180.000 emigriert. Die Zurückgebliebenen hofften immer noch auf eine Normalisierung der Verhältnisse; teilweise war es ihnen mangels Vermögens aber auch nicht möglich, die Heimat zu verlassen, da viele Länder nicht bereit waren, mittellose Juden aufzunehmen.

Um die Angelegenheit in den Griff zu bekommen, wurde am 24.1.39 unter der Leitung des Chefs der Sicherheitspolizei Heydrich, die "Reichszentrale für jüdische Auswanderung" errichtet mit der Aufgabe, die Emigration der Juden vorzubereiten, zu lenken und zu beschleunigen. Zur Förderung der Auswanderung ordnete der Reichsinnenminister am 4.7.39 die Bildung einer "Reichsvereinigung der Juden" (Reichsvertretung) an, der alle Juden angehören mußten. Mit Mitteln, die sich die Reichsvereinigung ausnahmslos von vermögenden Juden beschaffte, ermöglichten sie armen Juden die Auswanderung. Nahe 80.000 Juden verließen 1939 Deutschland.

Nach der Niederlage Polens sah Heydrich die Möglichkeit, die Judenfrage durch Evakuierung nach Polen zu lösen. Aus außenpolitischen Gründen befahl Göring jedoch am 24.3.40 die Deportationen einzustellen.

Heydrich ordnete hierauf an, die Auswanderung wieder verstärkt zu betreiben. Der Madagaskar-Plan war zwar noch nicht aufgegeben, konnte infolge des Krieges jedoch nicht verwirklicht werden, und die Anzahl der Aufnahmeländer hatte sich verringert. Im Oktober 40 wies man die Juden Badens, der Pfalz und des Saarlandes kurzerhand in das unbesetzte Frankreich aus. Im Hinblick auf die bevorstehende Endlösung der Judenfrage ordnete des RSHA am 20.5.41 aber an, diese "Auswanderungen" zu unterbinden.

Am 31.7.41 wurde Heydrich schließlich von Göring beauftragt, alle Vorbereitungen für eine "Gesamtlösung der Judenfrage" im deutschen Einflußgebiet in Europa zu treffen. Mitte Oktober 41 begannen die Deportationen der Juden aus dem Reichsgebiet in die Ostgebiete und schließlich in die Vernichtungslager, vor allem nach Auschwitz.

Von der Deportation ausgenommen wurden (im wesentlichen) zunächst Juden über 65 Jahre, schwer kriegsbeschädigte Juden, Juden mit Kriegsauszeichnungen, in "Mischehe" lebende Juden und solche, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten. Erstere wurden jedoch bald in das als Altersgetto bezeichnete Lager Theresienstadt transportiert, in das sie sich durch sogenannte Heimeinkaufsverträge unter Abgabe ihres Vermögens "einkaufen" mußten. Infolge schlechter Lebensbedingungen starben viele Gettobewohner oder wurden letztlich noch in eines der Vernichtungslager "ausgesiedelt".

Die durchweg zwangsweise in den Rüstungsbetrieben beschäftigten Juden schob man schließlich seit Frühjahr 1943 nach Auschwitz ab. Unter ihnen befanden sich zahlreiche in "Mischehe" lebende Juden.

Bis zur Deportation der letzten Juden hatten sich deren Lebensbedingungen immer weiter verschlechtert. Gekennzeichnet (Judenstern), diffamiert, schikaniert, ihres Vermögens beraubt, aus ihren Berufen und Wohnungen (Judenhäuser) entfernt und als Zwangsarbeiter beschäftigt, lebten sie rechtlos in ihrer Heimat. Von den noch im Mai 41 im "Altreich" lebenden 168.972 Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze wurden am 1.9.44 lediglich noch 14.574 registriert. Nach diesem Stichtag gingen noch zahlreiche Transporte nach Auschwitz und beim Näherücken der Roten Armee in KZ, die im Reichsgebiet lagen. Der vermutlich letzte "Alterstransport" verließ am 27.3.45 Berlin Richtung Theresienstadt.

Unter der Judenverfolgung der Nationalsozialisten hatten nahezu alle Juden in den von der Wehrmacht besetzten oder im deutschen Einflußgebiet befindlichen Ländern zu leiden. Zwar stellten sich dort verschiedentlich Regierungen und Bevölkerung der nationalsozialistischen Judenpolitik entgegen (z.B. Dänemark und die Niederlande); nur in wenigen Fällen gelang es jedoch, die Juden allgemein vor dem Zugriff der Gestapo zu bewahren (Bulgarien, ohne seine besetzten Gebiete).

Besonders tragisch war das Schicksal der in vielen dieser Länder befindlichen staatenlosen Juden, unter denen sich zahlreiche deutsche Emigranten befanden, denen man nach Verlassen Deutschlands die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt hatte. Für sie sprach keine Regierung. Sie wurden die ersten Opfer der Verfolgungsmaßnahmen (z.B. Frankreich). Am brutalsten führten die Nationalsozialisten die Judenverfolgung in Polen und den besetzten Teilen der UdSSR durch. Die besonderen politischen Verhältnisse in diesen Gebieten ließen hier den nationalsozialistischen Machthabern freie Hand zur Durchsetzung ihrer Vernichtungsziele, die schon mit den Einsatzgruppen angestrebt wurden.<<

In jener Zeit ist der Antisemitismus in vielen europäischen Ländern ausgeprägt. In fast allen europäischen Nachbarstaaten (wie z.B. in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Italien, Frankreich) werden bis Ende 1938 antijüdische Gesetze erlassen und Judenverfolgungen durchgeführt.

Die rumänische Regierung gibt damals bekannt, daß mindestens 50 % aller Juden verschwinden müssen (x043/433): >>... Ob sie auswandern oder im Schwarzen Meer ersaufen wollen, daß kann sich jeder nach Belieben aussuchen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über den Antisemitismus in Polen (x025/174): >>Seit jeher erschienen die Juden in den amtlichen polnischen Nationalitäten-Statistiken neben Ukrainern, Deutschen usw. als nichtpolnische Volksgruppe. 1939 gar versprach das Regierungslager in einer Broschüre, die Juden sollten nach nationalsozialistischem Vorbild enteignet werden und hätten langfristig das Land zu verlassen.

Noch im Krieg waren in den Zeitschriften der rechtsgerichteten Nazigegner wie z.B. des "National-Radikalen Lagers" (ONR) Artikel wie der folgende zu lesen: "Polen und dem polnischen Volke wünschen wir, daß uns Gott bewahren möge vor Hunger, Feuer, Seuche und Demokratie, weil wir uns dann schon selbst schützen können vor den Deutschen aus dem Westen, den Moskowitern aus dem Osten und den Juden - im Innern".

... Nach einer kurzen Beruhigung wegen des Besatzungsterrors der Nazis, die Juden und Polen gleichermaßen als Untermenschen betrachteten, lebte gleich nach Kriegsende die alte Tradition wieder auf. Ein Pogrom in Kielce am 4. Juli 1946 z.B. kostete 41 Juden das Leben und belastete nachhaltig die Beziehungen zu den USA.<<

Der Schriftsteller Hans Günther Adler (1910-988), ein ehemaliger "Theresienstadt-Häftling", berichtet später über die antijüdische Stimmung in Böhmen und Mähren (x025/56-57): >>In keinem von Hitler besetzten Lande, auch nicht in Deutschland selbst, kamen "illegale" Rettungen von Juden so selten vor wie in dem Gebiet des "Protektorates". Oft wurden Hilfsdienste sogenannter Freunde auch sehr teuer bezahlt. ...<<

Als das NS-Regime ab 1938 die Judenverfolgungen ("Reichskristallnacht" vom 9./10. November 1938) radikal verschärft, breitet sich zwar allmählich ein radikaler Antigermanismus aus, aber die Einwanderungsquoten für die verfolgten Juden werden erstaunlicherweise nicht erhöht, sondern von einigen Staaten sogar drastisch reduziert. In Nordamerika vermindern sich die Einwanderungsplätze z.B. im Jahre 1938 von 40.000 auf 20.000 Einwanderungsplätze im Jahre 1940 und 1941 sind es nur noch 10.000 Einwanderungsplätze für jüdische Einwanderer (x042/148).

Seit 1938 verhandeln das NS-Regime, Polen, Frankreich und England über einen Judenstaat auf der Insel Madagaskar (französische Kolonie), in Rhodesien (britische Kolonie) oder in Britisch-Guayana. US-Präsident Roosevelt schlägt später Äthiopien (seit 1936 durch Italien besetzt) als Einwanderungsland für die Juden vor. Mussolini hält Rußland für geeignet. Stalin bringt daraufhin Alaska ins Spiel und Roosevelt reicht später einen "Angola-Vorschlag" nach.

UdSSR: Im Verlauf der großangelegten "Säuberungsaktionen" und öffentlichen Schauprozesse ("Prozeß der 21") des Jahres 1938 fordert der radikale Stalinismus wieder zahlreiche Opfer. Bei den "Säuberungen" der Roten Armee werden 1937/38 mindestens 3 Marschälle, 13 Armeegeneräle, 62 Korpskommandeure hingerichtet (x061/467). Nach Abschluß der großen "Säuberungswellen" läßt Stalin gewöhnlich auch die Vollstrecker hinrichten.

Ein Zeitzeuge berichtet später über Stalins "Säuberungsaktionen" (x191/70): >>Tag und Nacht rasten die Autos der GPU durch die Straßen der russischen Städte und rissen Unzählige aus ihren Wohnungen, aus Fabriken, Universitäten, Laboratorien, Eisenbahnwerkstätten, Truppenkörpern und Ämtern. ...

In der Zeit von Mitte 1936 bis Ende 1938 erhielt der totale Staat der Sowjetunion seine endgültige Form. In diesen Jahren wurden ungefähr 8 Millionen Menschen von den Organen der staatlichen Geheimpolizei verhaftet. ... Sie waren alle unschuldig.<<

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014, der damals ein Mitglied der "Gruppe Ulbricht" ist, berichtet später (x191/70): >>Nur ein einziges Mitglied der ersten Sowjetregierung überlebte die Säuberung: Stalin! ...<<

Der französische Historiker Nicolas Werth berichtet später über Stalins Terror in den Jahren 1937 und 1938 (x265/213): >>... Wir verfügen heute über streng vertrauliche Dokumente, die von Nikita Chruschtschow und den maßgeblichen Parteioberen während der Entstalinisierung angelegt worden sind. ...

Danach sind allein in den Jahren 1937 und 1938 1.575.000 Menschen vom NKWD verhaftet worden; 1.345.000 (d.h. 85,4 %) sind im Laufe dieser beiden Jahre verurteilt worden; 681.692 (d.h. 51 % der 1937/38 Verurteilten) sind hingerichtet worden. ...<<

Großbritannien: Winston Churchill ist im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert.

Churchill meint, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

USA: Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählt Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

Max Reinhardt (1873-1943, eigentlich Max Goldmann, Schauspieler, Regisseur, ab 1902 Leiter an verschiedenen Bühnen in Berlin und Wien, emigriert 1938 in die USA) schreibt nach seiner Emigration im Jahre 1938 an das NS-Regime (x256/139): >>Der Entschluß mich endgültig vom Deutschen Theater zu lösen, fällt mir naturgemäß nicht leicht. Ich verliere mit diesem Besitz nicht nur die Frucht einer 37jährigen Tätigkeit, ich verliere vielmehr den Boden, den ich ein Leben lang gebaut habe und in dem ich selbst gewachsen bin.

Ich verliere meine Heimat, Was das bedeutet, brauche ich denen nicht zu sagen, die diesen Begriff über alles stellen ...<<

1939

Welcher Unterschied besteht zwischen dem NS-Regime und der Straßenbahn? Keiner. In beiden Fällen steht vorn der Führer. Hinter dem Führer steht das Volk. Und wer nicht hinter dem Führer steht, der sitzt. Dauernd wird kassiert und abspringen während der Fahrt ist verboten!

NS-Spottvers

24.01.1939

NS-Regime: Herman Göring ordnet am 24. Januar 1939 die Errichtung einer Reichszentrale für jüdische Auswanderung im NS-Reichsinnenministerium an, um die Auswanderung der Juden mit allen Mitteln zu fördern (x138/206).

Nachdem etwa 180.000 wohlhabende Juden das Deutsche Reich verlassen haben (x051/291), halten sich Anfang 1939 noch rund 323.000 Juden im Land auf. Das NS-Regime erhöht zwar unaufhörlich den Druck, um die Juden aus dem Land zu treiben, aber fast niemand ist bereit, die Heimatlosen aufzunehmen oder sagt ihnen, wo sie leben sollen.

Das NS-Regime und Italien schließen am 24. Januar 1939 einen Vertrag über den Arbeitseinsatz von 37.000 italienischen Landarbeitern in der deutschen Landwirtschaft (x032/500).

30.01.1939

NS-Regime: Das verfassungswidrige NS-Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 wird am 30. Januar 1939 nochmals bis zum 10. Mai 1943 verlängert.

Hitler kündigt während seiner zweieinhalbstündigen Regierungserklärung vom 30. Januar 1939 bereits indirekt die "Endlösung" an (x244/394-395): >>... In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit auch des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen.

Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa! ...<<

01.02.1939

CSR: Die Regierung der CSR ordnet am 1. Februar 1939 die Ausweisung aller jüdischen Emigranten an. Innerhalb von 6 Monaten sollen alle jüdischen Emigranten die CSR verlassen (x138/207).

20.02.1939

UdSSR: Der britische Botschafter in Moskau schreibt am 20. Februar 1939 an das britische Außenministerium (x243/69): >>Die Sowjetpolitik (wird nicht) durch ideologische oder moralische ... Erwägungen beeinflusst, sondern ausschließlich durch die unmittelbaren Interessen des Sowjetstaates und seiner gegenwärtigen Herrscher. ...

Die Sowjetregierung möchte jegliches Vorgehen ... vermeiden, das sie in Gegensatz zu Deutschland bringen könnte. ...

Das erfreuliche Ergebnis eines ... Konflikts (zwischen Deutschland und den Westmächten wäre für sie) der ... Zusammenbruch beider Seiten. ...

Der Zusammenbruch Deutschlands ... würde ... zur Sowjetvorherrschaft in Osteuropa führen. ...<<

21.02.1939

NS-Regime: Das NS-Regime erläßt am 21. Februar 1939 eine Verordnung über die Anmeldung und Ablieferung des jüdischen Vermögens (x058/355): >>§ 1 Alle Juden ... haben die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung an die nach § 14 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom Dezember 1938 ... vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen abzuliefern.<<

24.02.1939

Ungarn: Ungarn schließt sich am 24. Februar 1939 dem Antikominternpakt (Deutschland, Italien und Japan) an

Februar 1939

Frankreich: Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärt bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

08.03.1939

USA: US-Strategen der Marine stellen am 8. März 1939 den überarbeiteten geheimen Kriegsplan (Basic War Plan "ORANGE") gegen Japan vor (x172/134-135): >>... Der Krieg mit ORANGE wird ohne vorherige Ankündigung beginnen, ein Angriffskrieg von langer Dauer. ... ORANGE den Willen der VEREINIGTEN STAATEN aufzwingen, durch Zerstörung von ORANGE-Streitkräften und Zerrüttung von ORANGE-Wirtschaftsleben bei gleichzeitigem Schutz AMERIKANISCHER Interessen im In- und Ausland.<<

14.03.1939

Slowakei, CSR: Dr. Tiso (Führer der Slowaken) wird am 14. März 1939 durch Hitler vor die Wahl gestellt, entweder einen "unabhängigen" slowakischen Staat zu gründen oder von Ungarn besetzt zu werden.

Ministerpräsident Josef Tiso (1887-1947, ein überzeugter Hitler-Anhänger, wegen Hochverrat hingerichtet) trennt sich von den Tschechen und proklamiert am 14. März 1939 die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Siedlungsgebiete und Bevölkerungszahl der Slowakei-Deutschen (x004/147-153): >>... Die Slowakische Volkspartei, deren Vorsitz nach dem Tode Hlinkas am 16. August 1938 Dr. Josef Tiso übernahm, hatte seit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik für die slowakische Autonomie gekämpft, ohne eine Loslösung von der CSR zu erstreben. Während der Sudetenkrise nützte sie die für ihre politischen Ziele günstige innen- und außenpolitische Situation und erreichte kurz nach dem Münchener Abkommen die Anerkennung der slowakischen Autonomie.

Das autonome Land und seine von Dr. Tiso gebildete Regierung wurden allerdings bald vor schwierige politische und wirtschaftliche Probleme gestellt, da Ungarn die vorwiegend von

Madjaren bewohnten südlichen Gebiete der Slowakei beanspruchte und diese - d.h. das furchtbare Karpatenvorland - auf Grund des I. Wiener Schiedsspruches (2. November 1938) abgetreten werden mußten.

Außerdem fielen nach langwierigen Verhandlungen des deutsch-tschechoslowakischen Ausschusses die beiden vor Preßburg gelegenen Orte Engerau und Theben an Deutschland. Um so stärker trat jetzt die Aktivität der um die Erhaltung des slowakischen Kerngebiets besorgten slowakischen Autonomisten hervor. Die gegen den tschechischen politischen Einfluß gerichteten Maßnahmen der autonomen Regierung führten schließlich zur Absetzung Tisos durch Staatspräsident Hacha am 10. März 1939.

Unter unmittelbarer Einflußnahme des Dritten Reiches, das zu einer Zerschlagung der Resttschechoslowakei entschlossen war, und um eine Aufteilung der Slowakei unter die Nachbarstaaten zu verhindern, beschloß der slowakische Landtag am 14. März 1939 die Ausrufung der Slowakischen Republik. Durch den Vertrag vom 18. März 1939 unterstellte sie sich dem Schutz des Deutschen Reiches.

So maßgeblich der Einfluß des Dritten Reiches auf dieses Geschehen gewesen ist, so bleibt doch unverkennbar, daß der neue Staat zum damaligen Zeitpunkt von der Mehrheit der politisch interessierten slowakischen Volksschichten befürwortet wurde.

Die Gewißheit einerseits, daß das zahlenmäßig so geringe deutsche Volkstum den Bestand des Staates nicht gefährdete, die Slowakei andererseits den ungarischen Annexionsansprüchen nur durch eine enge Anlehnung an das Deutsche Reich begegnen konnte, bestimmte die ausgesprochen deutschfreundliche Politik der slowakischen Regierung. Das von der Hlinka-Partei bereits zur Zeit der Autonomie eingeführte totalitäre Regime bildete eine weitere Basis für ein deutsch-slowakisches Einvernehmen.

Unter dieser gewandelten innen- und außenpolitischen Konstellation vollzog sich der Umbau der politischen Organisation des Slowakeideutschtums: denn eine der ersten Maßnahmen der autonomen slowakischen Regierung war die Aufhebung des Verbots der Karpatendeutschen Partei, die nun unter Volksgruppenführer Franz Karmasin nach nationalsozialistischem Vorbild mit enger Anlehnung an die totalitäre Hlinka-Partei organisatorisch und ideologisch als "Deutsche Partei" (DP) umgestaltet und ausgebaut wurde.

Alle noch bestehenden deutschen Verbände und Vereinigungen (Deutscher Kulturverband, Sport- und Jugendvereine, Gewerkschaften usw.) wurden der "Partei" eingegliedert, die damit "den Charakter einer einheitlichen Volksorganisation annahm". Die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe bedeutete also zugleich Mitgliedschaft bei der Deutschen Partei.

Von ausschlaggebender Bedeutung war dabei das durch den Regierungsbeschluß vom 10. Oktober 1938 geschaffene "Staatssekretariat für die Angelegenheiten der deutschen Volksgruppe in der Slowakei", das Volksgruppenführer Karmasin noch am gleichen Tage übernahm. Die Befugnisse der deutschen Volksgruppe wurden noch durch die Erklärung des Ministerpräsidenten Tiso vom 27. November 1938 anläßlich der Vorsprache von Vertretern der Volksgruppe unter Führung Karmasins erweitert und schließlich in der Verfassung der Slowakischen Republik vom 21. Juli 1939 verankert.

Die starke verfassungsrechtliche Position, die die Volksgruppe auf diese Weise erhielt, benützte ihre Führung zur vollständigen organisatorischen Zusammenfassung der deutschen Minderheit in der Deutschen Partei und in ihren zahlreichen Organisationen. Zugehörigkeit zur Deutschen Volksgruppe war nur über die Mitgliedschaft in der Partei oder ihren Gliederungen möglich, die damit den Charakter einer Zwangsorganisation annahm.

Ihr Aufbau wurde unter dem Einfluß der für die ideologische und politische Lenkung der deutschen Volksgruppen geschaffenen reichsdeutschen Dienststellen nach dem Schema der reichsdeutschen NS-Organisationen und der Partei- und Verwaltungshierarchie vollzogen. Das Ergebnis dieser Entwicklung war eine durch die Partei einheitlich organisierte Volks-

gruppe, die auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet eine weitgehende Selbstverwaltung besaß.

Trotz der einheitlichen äußeren Organisation kann man aber keineswegs auch von einer entsprechenden inneren Geschlossenheit der Volksgruppe sprechen. Die bis zum Einbruch des Nationalsozialismus vorwaltende unpolitische Einstellung des Slowakeideutschtums, seine konfessionelle Spaltung, aber tiefe religiöse Gebundenheit wirkten retardierend auf die Verbreitung nationalsozialistischen Ideenguts.

Das deutsche Luthertum in der Slowakei, das den langgehegten Wunsch nach einer eigenen kirchlichen Organisation verwirklichen und 1939 die Deutsche Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisse (A. B.) in der Slowakei errichten konnte, wehrte sich gegen die vom Dritten Reich propagierte Gleichschaltung der Kirche im nationalsozialistischen Sinne durch die "Deutschen Christen". Nach der Umwandlung der Konfessionsschulen in Gemeindeschulen erhoben die katholischen Bischöfe Bedenken gegen diesen von der Volksgruppe eingeführten Schultypus.

Daneben ließ aber auch die durch eine jahrhundertelange Entwicklung bedingte heterogene volkstumpolitische Struktur der deutschen Minderheit eine den neuen politischen Grundsätzen entsprechend einheitliche geistige Ausrichtung nicht zu.

Unter den Funktionären der Volksgruppe befand sich zwar eine Reihe überzeugter Nationalsozialisten, doch bei einem großen Teil der in der bisherigen Volkstumspolitik stehenden Kräfte und der deutschbewußten Schicht war es die für das Deutschtum günstige äußere Entwicklung, die sie mit der Identität von Minderheitszugehörigkeit und Parteizugehörigkeit sich abfinden ließen, zumal der totalitäre Staat eine Betätigung außerhalb der Volksgruppe, d.h. der Deutschen Partei, nicht zuließ.

Im übrigen versuchte eine nicht unbeträchtliche Zahl von Minderheitsangehörigen lediglich mit praktischem Sinn, Vorteile aus der Mitgliedschaft zu ziehen. Diese Vorteile fielen für den einzelnen Volksdeutschen durchaus ins Gewicht. Neben der kulturellen Betreuung - Einrichtung und Erhaltung von Grund- und höheren Schulen, Ausbilderleichterung - waren es vor allem soziale Vergünstigen, die die Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe erstrebenswert erscheinen ließen.

So wird es verständlich, daß ein großer Teil auch des schwebenden Volkstums, also der madjarisierten und vor allem slowakisierten Deutschen, sich bereitwillig zur Aufnahme in der Deutschen Partei meldete.<<

Ungarn: Die Karpaten-Ukraine wird seit dem 14. März 1939 durch ungarische Truppen besetzt (x041/97).

15.03.1939

CSR: Die Tschechoslowakei wird nach der Zustimmung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Hácha am 15. März 1939 kampflos besetzt ("Prager Coup"), weil die gutausgerüstete tschechoslowakische Armee keinen Widerstand leistet und sofort bedingungslos kapituliert.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen geraten etwa 13.000 deutsche Antifaschisten und 20.000 Juden, die aus dem Deutschen Reich und dem Sudetenland in die CSR geflohen sind, in große Gefahr (x032/513).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über die Zerschlagung der "Tschechoslowakei" (x051/588-589): >>(Tschechoslowakei) ... Erst die Weltwirtschaftskrise mit ihren verheerenden Auswirkungen v.a. auf die exportabhängige Klein- und Mittelindustrie im Sudetenland und besonders die offenkundigen Ermunterungen für die deutschen und ungarischen Minderheiten durch die nationalsozialistische Propaganda nach 1933 (u.a. Sudeten-deutsche Partei) führten zu wachsenden innerstaatlichen Spannungen.

Als Mittel zur "Zerschlagung" der Tschechoslowakei von Berlin aus seit Mai 38 ständig geschürt und von Prag nicht durch rechtzeitige Zugeständnisse aufgefangen, eskalierten sie in

der Sudetenkrise und fanden eine vorläufige Lösung im Münchener Abkommen.

Obwohl sich die sogenannte 2. Republik der nunmehrigen Tschechoslowakei (Oktober 38/14.3.39) nach erheblichen Gebiets- (rund 42.000 km²) und Bevölkerungsverlusten (rund fünf Millionen) und Autonomie für die Slowakei und die Karpato-Ukraine vollständig dem Willen Berlins unterwarf (Vorgehen gegen die Juden, Umbildung der Parteien, Sonderrecht für deutsche Emigranten), mußte Staatspräsident Hácha am 14.3.39 den Erpressungen Hitlers weichen: Unter dem Vorwand der Selbstauflösung des Staates (14.3.39 in Berlin diktierte Unabhängigkeitserklärungen der Slowakei und der Karpato-Ukraine) besetzte die Wehrmacht am 15.3. die "Resttschechei"; am 16.3. unterzeichnete Hitler auf der Prager Burg den "Erlaß über das Protektorat Böhmen und Mähren".

Völkerrechtlich existierte die Tschechoslowakei in der von Großbritannien, den USA, der UdSSR und de Gaulle anerkannten Exilregierung in London unter Beneš weiter. Sie betrieb mit Erfolg und in enger Zusammenarbeit mit Moskau (12.12.43 Freundschafts- und Beistandsvertrag) die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens, die Vorbereitung der Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/46 (2,3 Millionen) und die Pläne für eine politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem Krieg.

Nach einem Aufstand in Prag kurz vor dem deutschen Zusammenbruch (5.-7.5.45) kehrte Beneš in die wiedererstehende Tschechoslowakei zurück. Die folgende kommunistische Macht ergreifung und damit das Ende des tschechoslowakischen "Mittelweges" vermochte er nicht abzuwenden.<<

Großbritannien, Frankreich: Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" erwarten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" (September 1938) noch nicht "kriegsbereit" sind, bereiten sich jetzt in fieberhafter Eile auf den drohenden Krieg vor.

Der britische Botschafter in Berlin schreibt nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x256/154): >>Die Annexion von Böhmen und Mähren kann nicht durch irgendeinen der Gründe gerechtfertigt werden, die einst die Opposition gegen die Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes schwächer machten. Sie widerspricht völlig dem Recht der Selbstbestimmung und ist absolut unmoralisch. Sie stellt ein Unrecht dar, das nach Wiedergutmachung schreit. Sie mag Herrn Hitler und Herrn Ribbentrop einen billigen Triumph gewährt haben. Es würde jedoch traurig sein, wenn man nicht glauben könnte, daß sie sich am Ende als kostspieliger Irrtum erweisen wird. ... Der Nazismus hat endgültig den Rubikon der völkischen Reinheit und der deutschen Einheit überschritten.<<

Der französische Botschafter in Berlin schreibt nach der Besetzung der Rest-Tschechoslowakei (x256/154): >>Es ist einleuchtend, daß es ein vergebliches Bemühen wäre, wollte man, mit Aussicht auf Erfolg, versuchen, dem Führer mit andern Argumenten als der Gewalt zu begegnen. Das Dritte Reich hegt für Verträge und Verpflichtungen die gleiche Verachtung wie das Kaiserreich Wilhelms II. Deutschland bleibt das Land der "Papierfetzen".<<

16.03.1939

CSR: Das Reichsprotectorat Böhmen und Mähren (Restgebiet der CSR = 48.901 qkm) wird am 16. März 1939 direkt dem NS-Regime unterstellt (x004/6). Das Reichsprotectorat behält beschränkte Unabhängigkeit mit eigenem Staatsoberhaupt, eigener Verwaltung, Rechtsprechung und Kultur.

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schreibt später über das "Protektorat Böhmen und Mähren" (x051/461): >>Protektorat Böhmen und Mähren, dem Deutschen Reich mit Erlaß Hitlers vom 16.3.39 angegliedertes "Schutzgebiet", bestehend aus den "historischen Ländern" der am Vortag durch militärischen Einmarsch "zerschlagenen" Tschechoslowakei: 48.927 km² mit 7,5 Millionen Einwohnern (1940), darunter 225.000 Deutsche. Die nahezu unumschränkte Macht im Protektorat Böhmen und Mähren lag beim Reichsprotector (bis

27.9.41 Neurath, ab 25.8.43 Frick) und seinem Stellvertreter (bis 4.6.42 Heydrich, danach Daluge), der weiter amtierende "Staatspräsident" Hácha war praktisch einflußlos.

Die deutsche Herrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren war geprägt durch rücksichtslose Gleichschaltung der Verwaltung, Durchsetzung des Führerprinzips, Herabstufung der Tschechen gegenüber den Reichsdeutschen zu Personen minderen Rechts und offenem Terror gegen tschechische Intelligenz und Bürgertum.

Das Protektorat Böhmen und Mähren hatte besonderen Stellenwert für die deutsche Kriegswirtschaft wegen der Produktions- und Arbeitskraftressourcen und wegen der relativen Sicherheit vor Luftangriffen. Daher wurde die Arbeiterschaft verhältnismäßig schonend behandelt und materiell umworben. Erst nach dem Attentat auf Heydrich (27.5.42) verschärfte sich die ohnehin wegen der nationalsozialistischen Judenverfolgung (u.a. Theresienstadt) gespannte Lage insgesamt durch die SS-Vergeltungsmaßnahmen (u.a. Lidice).

Der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren fielen bis 1945 ca. 65.000 Juden und 40.000 Tschechen zum Opfer. Die Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung bei der Vertreibung haben hier eine Ursache. Das Gebiet des Protektorats Böhmen und Mähren wurde nach der sowjetischen Besetzung im Mai 45 wieder der Tschechoslowakei inkorporiert.<<

17.03.1939

Großbritannien: Trotz der gewaltsamen Besetzung der Tschechoslowakei erläutert der britische Premierminister Chamberlain am 17. März 1939 in Birmingham, "daß die in den Pariser Verträgen festgelegten Grenzen ungerecht gewesen seien" (x028/56).

Premierminister Chamberlain erklärt am 17. März 1939 während dieser Rede in Birmingham (x243/67): >>... Wieviel Rücksicht hat man genommen auf den Grundsatz der Selbstbestimmung, ... als er die Trennung des Sudetengebietes von der Tschechoslowakei und dessen Einverleibung in das Reich forderte?

Deutschland hat der Welt unter seinem jetzigen Regime eine Serie von unangenehmen Überraschungen bereitet. Das Rheinland, der Anschluß Österreichs, die Lostrennung des Sudetengebietes. ...

Jedoch soviel wir auch einwenden mögen gegen die Methoden, ... etwas ließ sich doch sagen – entweder wegen der rassenmäßigen Zugehörigkeit oder wegen allzulang mißachteter gerechter Ansprüche - ... zugunsten der Notwendigkeit einer Änderung der vorhandenen Lage.

Aber die Dinge, die sich diese Woche unter völliger Mißachtung der von der deutschen Regierung selbst aufgestellten Grundsätze ereignet haben, scheinen zu einer anderen Kategorie zu gehören. ...

Ist dies der letzte Angriff auf einen kleinen Staat? ... Ist dies sogar ein Schritt in der Richtung, ... die Welt durch Gewalt zu beherrschen? ...

Ich fühle mich verpflichtet zu wiederholen, ... daß ... kein größerer Fehler begangen werden könnte als der, zu glauben, unsere Nation habe, weil sie den Krieg für eine sinnlose und grausame Sache hält, so sehr ihr Mark verloren, daß sie nicht bis zur Erschöpfung ihrer Kraft einer solchen Herausforderung entgegentreten werde, sollte sie jemals erfolgen. ...<<

21.03.1939

NS-Regime: Hitler bietet den Polen am 21. März 1939 langfristige Grenzgarantien und fordert nochmals die Rückgabe Danzigs und exterritoriale Verkehrswege (x041/97).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Danzigfrage" (x051/108):

>>Danzigfrage, seit 1919 schwelender Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen um Danzig, das ohne vorherige Abstimmung (ca. 380.000 Einwohner, darunter 12.000 Polen) am 15.11.20 zum Freistaat erklärt und dem Völkerbund unterstellt worden war; als Hoher Kommissar fungierte der Schweizer Historiker C. J. Burckhardt.

Zollhoheit und außenpolitische Vertretung des Territoriums wurden von Polen wahrgenom-

men, der Hafen unterstand paritätischer Verwaltung. 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht, die Lösung der Danzigfrage wurde indes zurückgestellt, um die innere Konsolidierung des Dritten Reiches nicht zu gefährden (Deutsch-Polnischer Nichtangriffspakt vom 26.1.34).

1939 spielte die Danzigfrage dann die Schlüsselrolle als Vorwand für die Entfesselung des Krieges mit Polen. Im April 39 schlug Hitler einen umfassenden deutsch-polnischen Ausgleich vor, der sich gegen die UdSSR richten sollte (Rückgabe Danzigs bei Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Polens, Bau einer exterritorialen Autobahn durch den polnischen Korridor, Beitritt Polens zum Antikominternpakt u.a.), und erließ gleichzeitig die Führerweisung "Fall Weiß" (Polenfeldzug).

Warschau wies das Angebot brüsk zurück, nicht nur aus chauvinistischen Gründen; die Politik gleicher Distanz zu den beiden großen Nachbarn galt als "überlebensnotwendig". Hitler betrieb nun die Isolierung Polens (Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffsvertrag), am 10.8. gab Danzigs Gauleiter A. Forster die "Heim-ins-Reich"-Parole aus, am 1.9. begann mit der Beschießung der Westerplatte durch das Linienschiff "Schleswig-Holstein" der Krieg mit Polen. Danzig wurde umgehend zum Reichsgebiet erklärt.

Nach der polnischen Niederlage versuchte die NS-Propaganda nicht ohne Erfolg, der französischen Öffentlichkeit unter dem Schlagwort "Mourir pour Danzig – Sterben für Danzig?" die Sinnlosigkeit der französischen Kriegserklärung vom 3.9.39 zu suggerieren. Im Potsdamer Abkommen wurde Danzig als Gdansk polnischer Verwaltung unterstellt.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den "Korridor" (x051/327):
>>Korridor (Polnischer Korridor), im Sinne der Vierzehn Punkte im Versailler Vertrag festgelegter Gebietsstreifen in Westpreußen zwischen Weichsel bzw. Danzig und Pommern, den das Deutsche Reich ohne Volksabstimmung an das neu geschaffene Polen abtreten mußte.

Der Korridor umfaßte 15.865 km² mit 330.600 Einwohnern, die zu über 50 % deutschsprachig waren. Er sollte Polen eine Seeverbindung mit dem Hafen Gdingen schaffen, schnitt Ostpreußen vom Reich ab und wurde zum Dauerkrisenherd trotz Verkehrsfreiheit für deutsche Transportmittel (plombierte Züge ohne Zollkontrolle).

Eine friedliche Revision kam nicht zustande, die Ausweisung zahlreicher deutscher Einwohner (1939 noch 10 %) schuf zusätzlichen Zündstoff, den Hitler am 21.3.39 zu ultimativer Forderung nach exterritorialen Verkehrswegen durch den Korridor und nach Volksabstimmung nutzte, in Verbindung mit einem 25-jährigen Nichtangriffsvertrag. Polen lehnte am 26.3 ab. Korridor- und Danzigfrage wurden so Vorwände zur Entfesselung des Polenfeldzuges und damit des Zweiten Weltkrieges. 1939-45 gehörte das Korridor-Gebiet zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.<<

22.03.1939

Litauen: Litauen stimmt am 22. März 1939 der Rückgabe des Memellandes an das Deutsche Reich zu. Das Memelland wird bereits am nächsten Tag in die deutsche Provinz Ostpreußen (Regierungsbezirk Gumbinnen) eingegliedert.

23.03.1939

Polen: Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung die eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzt, ordnet am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnt am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen im Frühjahr 1939 (x853/...): >>... Im Frühjahr 1939 kam es zu einer dramatischen Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen. Auslöser war der Streit um Danzig, daß bis 1918 zum Deutschen Reich gehört hatte und nun zu Deutschland zurückkehren wollte.

Durch den Druck der "Anti-Appeaser" um Churchill und durch den Druck Roosevelts sah Chamberlain sich genötigt, einen schärferen Kurs gegen Deutschland einzuschlagen.

Chamberlain gab eine Garantieerklärung für Polen ab und versuchte, eine große Koalition zur Einkreisung Deutschlands zustande zu bringen. Dieser Koalition sollte neben England, Frankreich, Polen und Rumänien auch die Sowjetunion angehören. Chamberlain selbst stand einem Bündnis mit der UdSSR sehr skeptisch gegenüber, aber Polen und Rumänien waren ohne sowjetische Hilfe militärisch nicht zu verteidigen. Ohne Moskau war die Einkreisung und verschärfte Eindämmung Deutschlands nicht zu bewerkstelligen.

In Berlin löste die britische Einkreisungspolitik große Besorgnis aus. Deutschland hatte nach 1918 in Erfüllung des Versailler Vertrages sein Heer auf das Niveau einer Polizeitruppe abrüsten müssen. Das NS-Regime hatte ab 1933 eine forcierte Aufrüstung betrieben, aber 1939 hatte das deutsche Heer noch nicht einmal die Stärke der französischen Armee, geschweige denn die einer Koalition der europäischen Militärmächte erreicht. Allenfalls die deutsche Luftwaffe hatte aufgrund ihrer hochmodernen Ausrüstung eine gewisse Überlegenheit.

Die deutsche Wirtschaft war nach wie vor in hohem Grade von Rohstoffeinfuhren abhängig, die Autarkiepolitik war kaum mehr als Propaganda gewesen. Mit anderen Worten, Deutschland war nicht kriegsbereit, und die von England angestrebte große Koalition hätte Deutschland jederzeit militärisch mattsetzen und wirtschaftlich erdrosseln können.

Während sich im Sommer 1939 die deutsch-polnische Krise immer mehr zuspitzte, verhandelte eine englisch-französische Militärdelegation in Moskau über ein Bündnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. ...<<

31.03.1939

Frankreich, Großbritannien: England und Frankreich beenden nach der Nichtbeachtung des Münchner Abkommens am 31. März 1939 ihre Appeasement-Politik gegenüber Hitler und geben Garantieerklärungen ("Blankoschecks") für die Unabhängigkeit Polens ab (x041/97).

Neville Chamberlain (1869-1940, britischer Ministerpräsident) gibt der polnischen Regierung z.B. die Zusicherung, England werde Polen sofort Waffenhilfe gewähren, wenn Polen sich genötigt sehen sollte, die polnischen Streitkräfte gegen eine äußere Bedrohung einzusetzen (x069/175).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die französisch-britischen Garantieerklärungen für Polen (x309/85-86): >>Ein entscheidender Schritt auf die "unvermeidliche deutsche Katastrophe" war dann der Ausbau der bereits bestehenden französisch-britischen Polengarantie zu einem dreiseitigen Beistandspakt im April 1939. Die Parteien verpflichteten sich, der jeweils anderen, sollte sie von einer "europäischen Macht" angegriffen werden, "nach Kräften Unterstützung und Hilfe zu leisten".

Der zweite Artikel sah eine ähnliche Unterstützung für den Fall vor, daß eine dritte Macht einen der Signatäre "indirekt" bedrohte und dieser mit Waffengewalt reagierte. Diese etwas kryptische Formulierung wurde in der Presse veröffentlicht, nicht aber das noch provokativere Zusatzprotokoll, das festhielt, "unter dem Ausdruck 'europäischer Macht' ist Deutschland zu verstehen" und mit der indirekten Bedrohung sei Danzig gemeint. Für den Fall eines Angriffs durch eine andere europäische Macht verpflichtete das Protokoll die Signatäre nur zu gegenseitiger Konsultation.

Der frühere US-Botschafter in Moskau, J. Davis, sah in dieser Konstruktion einen "Blankoscheck" für die Polen, und auch der amerikanische Botschafter in London, Joseph Kennedy, bemerkte, zum ersten Mal in der Geschichte Großbritanniens habe das Land die letzte Entscheidung über einen Krieg außerhalb seiner Grenzen einer anderen Macht überlassen.

Polen konnte also wie ein Torero den deutschen Stier beliebig reizen, um dann im Konfliktfall nach der "unvermeidlichen deutschen Katastrophe" den "höchsten Gewinn" einzufahren.

Konsequenterweise äußerte der polnische Botschafter in Deutschland, Jozef Lipski, gegenüber

dem englischen Botschaftsvertreter Orgilvie-Forbes, man habe nun keine Veranlassung sich für irgendwelche deutschen Angebote zu interessieren: Die polnischen Truppen würden bald auf Berlin marschieren. Tatsächlich baute man auf die eigene Stärke, auf eine schnelle militärische Unterstützung – vor allem durch Frankreich – und auch auf die deutsche Kriegsmüdigkeit. ...<<

Herbert Ludwig berichtet später (am 15. Mai 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Instrumentalisierung Hitlers durch britische Machteliten (x962/...): >>Das britische Schachspiel - Die Instrumentalisierung Hitlers für die westliche Kriegs-Strategie

Weltpolitik ist weitgehend ein Intrigenspiel im Gewande der Diplomatie, in dem Machtsüchtige durch Täuschen und Lügen die Ausdehnung ihrer Herrschaft vorbereiten, um sie dann mit militärischen Mitteln zu vollenden. Von Friedrich Nietzsche ist der Ausspruch überliefert: *"Ein Politiker teilt die Menschheit in zwei Klassen ein: Werkzeuge und Feinde. Das bedeutet, daß er nur eine Klasse kennt: Feinde."* ("Wille zur Macht")

Die größten Imperialisten und begabtesten Politiker, die ihre "Feinde" als Werkzeuge einzusetzen verstehen, sind die britischen Machteliten und ihre amerikanischen Zöglinge und Nachfolger. Sie haben zur Politik eine instinktive Veranlagung. Aus einem überschauenden Bewußtsein, gleichsam aus einer Metaebene operieren sie nach weiträumigen und langfristigen strategischen Plänen, schieben andere Staaten wie Schachfiguren in die gewünschten Positionen, um sie dann kaltblütig ihren Zielen zu opfern.

"Vergessen Sie niemals", warnte der Militärattaché der japanischen Botschaft in London den Deutschen Joachim von Ribbentrop, "daß die Briten die schlauesten Menschen auf Erden sind, die es in der Verhandlungskunst ebenso wie bei der Manipulation der Presse und der öffentlichen Meinung zur absoluten Meisterschaft gebracht haben."

Die britische Deutschland-Politik im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges bietet für die Künste der britischen Schachspieler ein makabres Beispiel, dem hier nachgegangen werden soll.

Die britische Fassade

Die britische Sieger-Geschichtsschreibung und im gehorsamen Gefolge auch die deutsche bezeichnen die Appeasement- (Beschwichtigungs-) Politik Großbritanniens gegenüber Hitler als einen bedauerlichen Irrtum, eine schwere Fehleinschätzung. Man habe das Hitler-Regime unterschätzt und sich in Illusionen bewegt zu glauben, man könne es mit Wohlwollen, Zugeständnissen und Entgegenkommen beschwichtigen und befrieden.

Es wird also, wie der amerikanische Wirtschaftshistoriker Guido G. Preparata in einer Untersuchung schreibt, der *Mythos* vermittelt, *"Großbritannien, das wohlgesinnt war, (wäre) nicht in der Lage gewesen, die Absichten der Nazis zu erkennen, und habe sich infolgedessen etwas Schuld an dem nachfolgenden Desaster aufgeladen. Diese Kurzsichtigkeit sei daher gekommen, daß seine Elite sich ... tiefgehend über außenpolitische Fragen in verschiedene einander widerstreitende Strömungen zerrissen vorfand. ... Hitler habe, so lautet die Entschuldigung, aus dieser politischen Zwietracht vollen Nutzen für seine wahnsinnigen Ambitionen gezogen."* Preparata fügt lapidar an: *"Die Wahrheit sieht anders aus."*

Die britische Strategie

Die britische Führungsschicht hatte und hat im Großen und Ganzen eine einheitliche Struktur und Zielsetzung. Meinungsunterschiede gab es nur über das politische Vorgehen, nicht über Prinzipien und Ziele. *"Die Briten waren niemals geteilter Ansicht in der Frage, was mit Hitler geschehen sollte. Das war ganz offensichtlich: zerstört ihn zu gegebener Zeit und richtet Deutschland zugrunde! Das verlangte die Logik des Empires."*

Die angloamerikanische imperialistische Logik lag ja bereits dem Ersten Weltkrieg zugrunde: Deutschland als wirtschaftlichen Konkurrenten auszuschalten und insbesondere ein Bündnis zwischen Deutschland und Rußland zu verhindern. Und da man die Ziele noch nicht ganz er-

reicht hatte, wurden im Versailler "Vertrag" die Keime für den zweiten Teil des neuen "Dreißigjährigen Krieges gegen Mitteleuropa" (Churchill) gelegt, von denen das reaktionär nationalistische Hitlerregime bereits - mit Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise - als eine Frucht emporgewachsen war.

Über diese Strategie waren sich die britischen Eliten alle einig. *"Strittig war eher eine pragmatische Frage. Wie konnte man die Nazis am besten irreleiten, damit sie wieder in die Falle eines Zweifrontenkrieges tappten? Die Antwort lautete: indem man mit ihnen tanzte. Und tanzen taten die Briten, sie hatten beim Walzer durch die diplomatischen Ballsäle immer geführt und hinterließen beim Herumwirbeln ein Muster, das in der Tat einem voraussagbaren Ablauf entsprach."*

Die Taktik der Briten

In der Tat gab es nach außen hin verschiedene einander widerstrebende Gruppierungen in der britischen Politik:

- 1) die Antibolschewisten, die für die Wiederaufrüstung Deutschlands eintraten, um es als Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen, den es zu zerstören gelte (und damit natürlich auch Deutschland);
- 2) die Vertreter einer "Drei-Blöcke-Welt", die Deutschland auch aufbauen, aber zwischen einen westlichen Block der englisch sprechenden Völker und einen bolschewistischen Ostblock einbinden und den letzteren dadurch eher in Schach halten als zerstören wollten und
- 3) die Anhänger eines "Appeasements". (Man kann auch noch eine "Frieden-um-jeden-Preis-Fraktion" ausmachen.)

Waren das ernsthafte unterschiedliche politische Strömungen aus der Bevölkerung, oder handelte es sich um ein Schauspiel einer sich weitgehend einigen Elite des Empires für die Öffentlichkeit, um mit aufgefächerten, sich widersprechenden Politik-Konzepten Verwirrung zu stiften und dahinter ganz andere Ziele zu verfolgen? Der die Zeitereignisse aufmerksam verfolgende Rudolf Steiner machte bereits 1916 aus seiner genauen Kenntnis der britischen Verhältnisse, insbesondere der hinter und in der Politik wirkenden Geheimgesellschaften, auf solche Methoden aufmerksam:

"Da haben die Menschen in der Regel überhaupt keinen Begriff davon, daß Dinge, die nebeneinander auftreten, eigentlich zusammen gedacht sind und gewissermaßen zusammen veranstaltet sind. In solchen weitumfassenden und in tonangebende Kreise hinaufreichenden okkulten Verbrüderungen wie diejenigen im Britischen Reiche ... weiß man, was der eine zu tun hat, was der andere zu tun hat, und wie man wirkt im Leben.

Da weiß man ganz gut, was es bedeutet - ich will Ihnen einen konkreten Fall erwähnen - wenn man auf der einen Seite versucht, daß Staatsmänner Englands nach und nach befreundet werden mit gewissen Staatsmännern eines kleinen Donaustaates, der ein Teil Österreichs ist. ... Aber das macht man nicht bloß für sich; sondern daneben macht man das andere, daß man z.B. ein wirksames Buch erscheinen läßt, in dem man ganz besonders schimpft über das Volk, das in diesem Staate lebt, so daß man das, was man auf der einen Seite hinstellt, auf der anderen Seite aus den Angeln hebt. So etwas hat eine Bedeutung, wenn es methodisch gemacht wird ... So wird es gemacht, mit allen diesen Dingen, die scheinbar nebeneinander einhergehen."

Preparata deckt die gleiche Methode zwischen den beiden Weltkriegen auf. Die Briten tanzten, wie oben von Preparata bereits zitiert, mit den Nazis. *"Dabei wandten sie die Taktik an, eine Vielzahl politischer Formationen so zu aktivieren, wie man sich Werkzeuge für die verschiedenen Aufgaben, die anfallen werden, passend zurechtlegt. ... Somit verfügte das Empire ... über mindestens drei zur Verfügung stehende Masken."*

Ausgangslage

Von 1919 bis 1926 beherrschte die erste Gruppe, die Antibolschewisten, Regierung und Poli-

tik. Zu ihnen gehörten Lord Curzon, der führende außenpolitische Experte Sir Eric Simon, Lord D'Abernon, General Smuts und H. A. L. Fisher. *"Sie taten alles ihnen Mögliche, um die Reparationsregelungen zunichte zu machen, die deutsche Wiederaufrüstung zu erlauben und um das niederzureißen, was sie 'französischen Militarismus' nannten."*

D'Abernon trat *"für ein geheimes Bündnis Großbritanniens 'mit den militärischen Führern Deutschlands zur Kooperation gegen die Sowjetunion' ein."* Als Botschafter in Berlin von 1920-1926 blockierte er *"alle Bemühungen der Entwaffnungskommission, Deutschland zu entwaffnen oder auch nur Inspektionen durchzuführen."*

Diesen Blickwinkel unterstützte, wenn auch aus etwas anderen Gründen, die zweite Gruppe, die als Milner- oder Round-Table-Gruppe bekannt war und den eigentlichen Kern des englischen Imperialismus bildete.

Zu ihr gehörten Lord Milner, Leopold Amery, Edward Grigg, Lord Lothian (Philip Kerr), Lord Astor, Lord Brand, Lionel Curtis, Geoffrey Dawson (Herausgeber der Times) und ihre Freunde, sowie Lord Halifax. Diese Gruppe hatte großen Einfluß, weil sie den Rhodes Trust kontrollierte, den *Beit Trust, The Times aus London, The Observer*, das einflußreiche und völlig anonyme Magazin, das als The Round Table bekannt war."

Sie beherrschte das Royal Institute of International Affairs, genannt Chatham House, das sie 1920 als Teil eines gemeinsamen anglo-amerikanischen *"Zentrums der maßgebenden Meinung"* gegründet hatten, zu dem auf amerikanischer Seite das 1921 gebildete *Council on Foreign Relations* gehörte.

Beide Gruppen waren sehr eng und freundschaftlich miteinander verbunden; Simon und Smuts waren sogar Mitglieder in beiden Gruppen, was darauf hindeutet, daß es sich im Grunde um taktische Varianten eines geschlossenen Vorgehens handelte.

"Zu den Appeasern gehörte schließlich noch eine bunte Ansammlung von Hinterbänklern wie Churchill und Lloyd George, die einen 'ehrenhaften Frieden' vorgeschlagen hatten. Hinzu kamen parteiungebundene Technokraten wie Norman und Teile der Intelligenz - Publizisten und Schriftsteller wie Keynes. Alle waren darauf bedacht, dem früheren Feind ein freundliches Gesicht zu zeigen und im Namen 'sportlicher Fairneß' neue Verbindungen mit ihm zu knüpfen."

Gegen Ende der Weimarer Zeit rückten die Antibolschewisten mehr in den Hintergrund, und die Appeaser traten stärker in Aktion. Dahinter hielten die Strategen des Round-Table das Heft in der Hand. *Sogar eine von Rolf Gardiner geführte deutsch-freundliche Randgruppe ... mit Sinn für das gemeinsame Erbe der nordischen Folklore war entstanden. Dies war allerdings eine Bewegung am Rande, ohne eine breitere Unterstützung und politischen Einfluß. Es gab keine echten deutschfreundlichen Gefühle in England, nur einen aufkeimenden Dschungel von so Tun als ob."*

Das Vorgehen

Bald nach Hitlers Machtergreifung, die ohne Hilfe angloamerikanischer Finanzkreise nicht möglich gewesen wäre, begann die britische "Maskerade" (Preparata) erst richtig. Als Hitler am 9. April 1934 öffentlich ankündigte, daß Deutschland entgegen der Versailler Bestimmungen wieder aufrüsten werde, war Frankreich besorgt.

Aber von England reiste ein bekennender Nazi-Verehrer und Appeaser, Hauptmann Winterbotham, nebenbei Agent des britischen Auslandgeheimdienstes M16 und des Nachrichtendienstes des Luftfahrtministeriums, nach Deutschland zum führenden Nazi-Ideologen Alfred Rosenberg, den er 1931 während dessen Herbstreise nach England durch die Londoner Clubs geführt hatte. Er wurde auch vom Führer empfangen und gewann das volle Vertrauen seiner Gastgeber, die mit ihm ihre Überlegungen besprachen, wie sie zusammen mit England den Kommunismus vernichten würden.

Auf den Putschversuch österreichischer Nazis in Wien am 25. Juli 1934 wandten sich Italien

und Frankreich besorgt wegen einer fälligen Strafaktion gegen Hitler an England. Doch England lehnte eine militärische Züchtigung ab; es zahle sich nicht aus. Die Franzosen mußten konstatieren, England schreibe Österreich ab und ermuntere die Nazis zu mehr. Im gleichen Monat verteidigte der Führer der britischen Konservativen Stanley Baldwin (der Fuchs), der von Juni 1935 bis Mai 1937 als Premierminister fungieren sollte, Deutschlands Recht auf eine Luftwaffe. *"Es hat aufgrund seiner wehrlosen Stellung in der Luft alle Argumente, um sich zu schützen, auf seiner Seite."*

Nun war ein Gegenmanöver fällig. Bald darauf tauchte der bisherige Appeaser Winston Churchill von den hinteren Bänken des Parlaments auf und umwarb den sowjetischen Botschafter Maisky, um den Russen ein Militärbündnis mit England gegen Hitler schmackhaft zu machen. Unmittelbar danach eilte Churchill ins Parlament, um eine Reihe alarmierender Reden zu halten, in denen er vor der Gefahr deutscher Luftangriffe auf London warnte, bei denen binnen sieben Tagen 30.000 Menschen getötet oder verstümmelt werden würden. Premier Baldwin dagegen forderte Lloyd George auf, Churchill zurechtzuweisen. Dieser übersehe, wie wichtig Deutschland für England als Bollwerk gegen den Kommunismus sei.

"Hinter Churchill sammelte sich nun ein prorussischer Anti-Nazi-Kern, während die Friedensfreunde hinter Lloyd George an Einfluß gewannen. Großbritannien zeigte jetzt der Welt ein strahlendes, demokratisches Gesicht - ein Gesicht, auf dem die Züge des zynischen Pragmatismus (des Appeasements) durch die Gemäßigten der Milner-Gruppe und die offene Gegenstimme Churchills etwas abgemildert wurden. Es war das erfrischende Antlitz des Pluralismus."

Die Pro-Nazi-Friedenspartei wurde noch publikumswirksam durch einen königlichen Kandidaten, Prinz Eduard, gekrönt, der fließend Deutsch sprach und die schönsten Sommer seiner Kindheit bei seinem Lieblingsonkel Willi, dem früheren Kaiser Wilhelm II., dem Vetter seines Vaters, verbracht hatte.

Nachdem Frankreich am 6. März 1935 die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt hatte, zog Hitler zehn Tage später nach. England "protestierte" gegen den neuen Bruch des Versailler Vertrages, trotzdem statteten Sir Eric Simon und Anthony Eden vom Auswärtigen Amt am 25. März den vorgesehenen Besuch in Berlin ab. Hitlers erneute Ausführungen über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Front gegen den Bolschewismus zu errichten, stießen ebenso auf freundliches Wohlwollen wie sein Vorschlag, der deutschen Marine eine Tonnage von 35 % der Royal Navy zu erlauben.

Die Gespräche *"endeten mit einem Frühstücksempfang in der britischen Botschaft, bei dem der Botschafter Sir Eric Phipps seine Kinder antreten ließ, um Hitler und sein Gefolge mit dem Naziruf 'Sieg Heil' zu begrüßen."* Doch Eden reiste anschließend direkt zum Nazi-Feind nach Moskau weiter - ein frühes Beispiel für das Doppelspiel des britischen Außenministeriums. Am 18. Juni 1935 wurde das Flottenabkommen nach Hitlers Vorschlag unterzeichnet.

Am 19. Juni 1935 gab Prinz Eduard, ab Januar 1936 König Eduard VIII., sein Debüt als Pro-Nazi-Kandidat. In einer Rede forderte er die Veteranen-Legion auf, die Feindseligkeiten des großen Krieges zwischen England und Deutschland für immer zu begraben. Standing Ovations überschütteten ihn, *"während sich ringsherum die Union Jacks mit den Hakenkreuzstandarten der deutschen Veteranen mischten."*

Einen Monat später empfing Hitler britische Veteranen und schwelgte mit ihnen in der Erinnerung an die alten Tage in den Schützengräben, *"und das taten sie mit so viel Leidenschaft, als seien sie Waffenbrüder, die aus dem gleichen Unterstand geschossen hätten."*

Am 7. März 1936 wagte es Hitler im Vertrauen auf das englische Wohlwollen mit einer Frankreich noch weit unterlegener Wehrmacht die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes zu besetzen. Nach dem Versailler Vertrag bedeutete das Krieg. England, Italien und Belgien sollten Frankreich sofort zu Hilfe eilen.

Doch die Zeitungen *Daily Express* und *Daily Mail* spendeten Hitler Beifall. Philipp Kerr, einer der Architekten des Versailler Vertrages, und Lord Astor erinnerten an die notwendige deutsche Rolle als Damm gegen den Bolschewismus und hielten den erbosten Franzosen vor, sich wegen des verständlichen Wunsches Deutschlands, "seinen eigenen Hinterhof zu betreten", nicht streitsüchtig zu zeigen. Anthony Eden und Lord Halifax flogen nach Paris und mahnten.

"Unterlassen Sie jeden Akt, der zum Krieg führen könnte. England will Frieden." Auf einer Sitzung des Völkerbundes am 14. März *"verkündete Eden, mit einer perfekt doppelzüngigen Phrase des außenministeriellen Jargons zum Vergnügen der Nazis, daß die Besetzung des Rheinlandes ein Verstoß gegen den Vertrag von Versailles sei, aber keine Bedrohung des Friedens darstelle. Sie gefährde die Macht Frankreichs, aber nicht seine Sicherheit. Die Franzosen waren verblüfft."*

Im Rahmen der britischen Taktik mußte der Vorstoß der Appeaser auch eine entgegengesetzte Reaktion auslösen. *"Nach dem Rheinlandkomplott wurde die Anti-Nazi-Fraktion unter Churchills Führung und mit jüdischem Geld in eine schnellere, entschlossener und streng geheim agierende Einrichtung, die als The Focus bekannt wurde, umgewandelt. ... Doch Hitler machte sich nicht die geringsten Sorgen wegen Churchills Partei. In seinen Augen war sie nur eine Belästigung, die zu nichts als leeren Worten fähig war."*

Hitler strebte nach einem Zusammentreffen von hohem Symbolwert und lud Premierminister Baldwin ein. Doch dieser lehnte höflich ab und schickte aus den Rängen der Appeaser Lloyd George aus, den Führer in seinem Adlerhorst in den Alpen aufzusuchen. So schüttelte Hitler nicht seinem amtierenden Amtskollegen, sondern dem früheren Premierminister die Hand, einem der erfolgreichsten Hebammen des Nazismus, der den Versailler Vertrag ausgehandelt hatte. Hitler war von ihm mehr als beeindruckt, nannte ihn ein "Genie" und wollte ihn auf dem Parteitag in ein paar Tagen zur Schau stellen.

Doch Lloyd George *"lehnte vorsichtig ab, hielt sich aber nicht dabei zurück, schlecht über die Tschechen zu sprechen. - Auch das ein Hinweis. In einem Wort: Das Treffen war ein weiterer Erfolg, und Lloyd George sollte danach den Führer in der Presse loben und ihn als den 'größten Deutschen dieses Zeitalters' würdigen."*

Schließlich kam nach all diesen Freundlichkeiten im November 1937 die Zeit, *"den Führer weiter in Richtung Krieg zu stoßen. Die Entsendung von Lord Halifax am 19. November zu Hitlers Alpenresidenz brachte die Wende in der Dynamik, die zum Zweiten Weltkrieg führte."* Halifax sagte zu Hitler zusammengefaßt: England hält Deutschland für die Bastion gegen den Kommunismus. Es hat keinen Einwand gegen den Anschluß Österreichs und der Tschechoslowakei. Deutschland solle keine Gewalt anwenden, um seine Ziele in Europa zu erreichen, wohl wissend, daß Hitler dies angesichts der westlichen Waffenlieferungen kaum als ernst gemeint betrachten werde.

Im Februar 1938 *"erklärten Premierminister Chamberlain und Schatzkammersekretär Sir Eric Simon im Unterhaus, man könne nicht erwarten, daß Großbritannien die österreichische Unabhängigkeit unterstütze. Das war das Signal. Am 12. März marschierte Hitler in Österreich ein."*

Das in Versailles gebildete Konstrukt Tschechoslowakei, in das 3,4 Mio. Sudetendeutsche (22 % der Bevölkerung) eingeschlossen wurden, gab Hitler den nächsten vorgezeichneten Ansatzpunkt, im Namen der "ethnischen Selbstbestimmung" einzugreifen. Die britische Presse gab Feuerschutz. Die britische Regierung verweigerte den aufständischen deutschen Militärs um General Beck die Zusammenarbeit, spielte die Kampfstärke der gut trainierten tschechoslowakischen Armee herunter, beruhigte über geheime Boten Hitler, demnächst erfolgende scharfe offizielle Stellungnahmen Englands und Frankreichs zu ignorieren und sorgte dafür, daß im Münchner Abkommen vom September 1938 die Tschechoslowakei aufgeteilt und Hitler der

Weg freigemacht wurde.

Die englische Öffentlichkeit wurde durch eine geschürte Kriegshysterie stillgehalten: *"England sei durch Luftangriffe mit Giftgaseinsätzen seitens der (deutschen) Luftwaffe bedroht. In den ersten Septemberwochen wurden Gasmasken an die Londoner ausgegeben und Luftschutzübungen durchgeführt."* Gegen die Annexion der Rest-Tschechoslowakei durch Hitler am 14. März 1939 protestierten die Alliierten, aber dabei blieb es.

"Um Versailles endgültig abzuwickeln, blieb jetzt nur noch Polen übrig." Mit der Abtrennung Posens und Westpreußens an Polen, der Unterstellung Danzigs unter den Völkerbund und der damit verbundenen Trennung Restdeutschlands von Ostpreußen waren 1919 weitere Konflikte bewußt veranlagt worden.

Hitler hatte am 21.10.1938 Gespräche mit Polen begonnen, in denen er *"die Rückgabe Danzigs und einen Streifen von einem km Breite durch den polnischen Korridor für eine Autobahn und eine vierspurige Eisenbahnlinie unter deutscher Souveränität forderte. Diese ziemlich bescheidene Anfrage wurde dem polnischen Verbündeten in einer so freundlichen Atmosphäre wie möglich unterbreitet. ... Hitler wollte Polen nicht überrennen, sondern es viel lieber in den bevorstehenden Angriff auf Rußland einbinden."*

Doch Ende März 1939 wurde Polen plötzlich streitsüchtig. Er wußte nicht, daß England Polen heimlich Angebote gemacht hatte.

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in der Tschechoslowakei konnten die Briten vor der Öffentlichkeit die Politik des Appeasements nicht mehr vertreten. Die Pro-Nazi-Friedenspartei rückte auf die hinteren Bänke, und die Round-Table-Gruppe verschmolz mit den Antibolschewisten. *"Dabei täuschte die sichtbare Front unter Führung von Halifax ein unnachgiebiges Vorgehen gegen die Nazis vor, während die geheime Front, die mit der Chamberlain-Gruppe besetzt war, Hitler weiterhin Zugeständnisse machte und 'freundliche' Zusicherungen abgab, daß England nicht in den Krieg eintreten werde."*

Hitler war genau so weit gegangen, wie man ihm erlaubt hatte. Nun war es für Großbritannien Zeit, ihn an der Westfront hereinzulegen, um den Krieg voranzubringen. Am 31. März 1939 ... informierte Chamberlain das Unterhaus, daß 'im Fall irgendeines Vorgehens, das die Unabhängigkeit Polens deutlich bedroht, die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühle, der polnischen Regierung sofort jede Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Macht steht."

Das war ein ungewöhnlicher Blankoscheck.

Andererseits versprach Chamberlain den Nazis bis in den August hinein als Gegenleistung für Frieden eine "allumfassende politische Partnerschaft", während die Round-Table-Gruppe die Polen weiterhin bedrängte, in den Verhandlungen mit Hitler nicht nachzugeben.

"Egal, wie raffiniert die Strategie Großbritanniens ... auch war, sie war immer die gleiche gewesen, nämlich einen Feind gegen einen anderen auszuspielen und die eigene Verwicklung dadurch abzusichern, daß es zuvor Satellitenländer förderte und den ausgewählten Feind damit wie mit Landminen umgab, in diesem Fall die Deutschen. Was England vor dem Ersten Weltkrieg mit den Garantien für Belgien getan hatte, wiederholte es nun mit Polen."

Das Wichtige war, daß Deutschland gezwungen wurde, mit dem Krieg zu beginnen. Das gelang auch mit Hitler. Polen weigerte sich, mit Englands Bündnis im Rücken, zu verhandeln, und Deutschland marschierte nach einem halben Jahr fruchtloser Verhandlungsversuche am 1. September 1939 in Polen ein. Großbritannien erklärte Deutschland am 3. September den Krieg, kam aber den Polen trotz aller Versprechungen nicht zu Hilfe. *"Die Royal Air Force erhielt strikte Order, ja keine deutschen Landstreitkräfte zu bombardieren."*<<

01.04.1939

Spanien: General Franco siegt nach fast 3 Jahren und beendet am 1. April 1939 offiziell den Bürgerkrieg.

Ende des Spanischen Bürgerkrieges

Während des mit großer Grausamkeit geführten Spanischen Bürgerkrieges kamen etwa 500.000 bis 1.000.000 Menschen um (x051/552, x054/213). Nach dem Kriegsende flohen ungefähr 150.000 Spanier nach Mittel- oder Südamerika und 150.000 nach Frankreich (x191/79). Hunderttausende von republikanischen Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Franco ließ damals fast alle gefangenen Offiziere der Republikaner erschießen (x191/79). Die kriegsverehrten Soldaten der Regierungstruppen bekamen jahrelang keine Rentenzahlungen.

Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges schaffte Franco sofort die parlamentarische Demokratie ab und regierte bis zu seinem Tod (1975) diktatorisch. Er wurde in Spanien Caudillo (Bezeichnung bzw. Titel des ersten spanischen Anführers gegen die Mauren) genannt, weil er angeblich die Rückeroberung Spaniens (Reconquista) durchgeführt hatte.

Francos Regime ging ab April 1939 mit äußerster Härte gegen die politischen Gegner vor und unterdrückte alle demokratischen oder regionalistischen Bestrebungen in den spanischen Provinzen. Von 1939-1942 wurden etwa 2.000.000 politische Gegner in spanischen Konzentrationslagern interniert. In den Jahren 1939-1945 wurden etwa 100.000 Regimegegner hingerichtet (x191/79).

Francos diktatorisches Regime förderte vor allem die katholische Kirche und traditionelle Werte der spanischen Monarchie (Historiker sprechen deshalb von "Klerikalfaschismus"). Die katholische Kirche, die Familie, der Schutz des Privateigentums und die staatliche Lenkung des Arbeitsmarktes waren für das Franco-Regime von besonderer Bedeutung.

Obleich Franco die spanischen Streitkräfte mit allen Mitteln unterstützte, schloß er fast alle Offiziere von politischen Positionen aus. In der Regierung wurden überwiegend zivile Fachleute eingesetzt.

Während des Zweiten Weltkrieges (1939-1945) blieb Franco neutral, obgleich Spanien seit 1939 Mitglied des deutsch-japanischen Antikomintern-Paktes und später auch Mitglied des Stahlpaktes wurde. Bis 1944 lieferte Spanien kriegswichtige Rohstoffe (Wolfram etc.) an das NS-Regime. Militärisch beteiligte sich nur die "Blaue Division" ("Division Azul", ein Verband von spanischen Freiwilligen) bis 1943 am Ostkrieg gegen die Sowjetunion.

Dr. Reinhard Barth schreibt später über den Spanischen Bürgerkrieg (x051/552): >>>Spanischer Bürgerkrieg, 1936-39 geführte Auseinandersetzung in Spanien zwischen nationalistischen, traditionalistischen, falangistisch-faschistischen und konservativen Kräften auf der einen Seite und republikanischen, sozialistischen, kommunistischen und anarchistischen auf der anderen.

Der Krieg begann mit einem Aufstand v.a. der in Nordafrika stationierten Truppen (General Franco) gegen die republikanische Regierung nach Ermordung des Monarchistenführers Calvo Sotelo am 13.7.36. Der Vormarsch auf Madrid stockte im November 36; es gelang den nationalistischen Truppen während des Krieges nicht, die Hauptstadt einzunehmen. Dafür fielen nach und nach die republikanischen Bastionen in den Nordprovinzen, Aragonien und Katalonien. Im März 39 erlosch der Widerstand, am 1.4.39 erklärte Franco den Bürgerkrieg für beendet und etablierte ein diktatorisches Regime, das 40 Jahre dauern sollte. Der mit äußerster Grausamkeit geführte Krieg kostete mehr als einer halben Million Menschen das Leben.

In der europäischen und amerikanischen Öffentlichkeit erregte der Spanische Bürgerkrieg heftige Anteilnahme, die Sympathien lagen dabei zumeist auf Seiten der angegriffenen Republik. Tausende von Freiwilligen meldeten sich zu den Internationalen Brigaden, deren Einsatz im November 36 bei der Verteidigung Madrids begann. Mexiko und die UdSSR lieferten Kriegsmaterial.

Für die Seite Francos ergriffen das Deutsche Reich und Italien Partei mit umfangreicher Militärhilfe. Italien schickte ca. 20.000 reguläre Soldaten und 27.000 Mann "Milizia volontaria", Deutschland die Legion Condor in der Stärke von 6.000 Mann, die in rascher Folge ausgetauscht wurden. Dem deutschen Engagement in Spanien lagen verschiedenartige Motive zugrunde; zu den ideologischen (der "Ausweitung des Kommunismus" entgegenzutreten) kamen außenpolitische (Verbesserung der Beziehungen zu Mussolini, Lösung Italiens vom britischen Einfluß), ökonomische (Erweiterung der Rohstoffbasis durch Erwerb spanischer Bergwerke) und militärische (Erprobung von Waffensystemen u.a.) Interessen. Die Nichteinmischung der Westmächte in den Spanischen Bürgerkrieg und die offensichtliche Duldung der deutschen und italienischen Intervention bestärkten Hitler in seinem außenpolitischen Risikokurs (Außenpolitik).<<